

Heike Möller (Hrsg.)

BRANDENBURG – DA LÄSST SICH WAS ENTWICKELN!

Forum Entwicklungspolitik Brandenburg



Forum Entwicklungspolitik Brandenburg

wird herausgegeben vom Verbund Entwicklungspolitischer
Nichtregierungsorganisationen Brandenburgs e.V. (VENROB)
Tuchmacherstr. 49, 14482 Potsdam
Tel.: 0331 / 704 89 66 | Fax.: 0331 / 270 86 90
www.venrob.org
Verantwortlich: Uwe Prüfer, pruefer@venrob.org

Ausgabe 8 (2018)

Heike Möller (Hrsg.): Brandenburg – da lässt sich was entwickeln!

Umschlagabbildung: VENRO-Protestaktion vor dem Brandenburger Tor am
13.9.2018 (Stop #ShrinkingSpace); © Jörg Farys / Die Projektoren

Fotos S. 26–33: © Heike Möller

Das Manuskript ist urheberrechtlich geschützt.
© WeltTrends, Potsdam 2018

Satz: Max Haberstroh
Layout: Kathrin Windhorst / kwikwi.org
Druck: solid earth, Berlin
Gedruckt auf 100% Recyclingpapier.
Produziert mit 100% Ökostrom.

ISBN 978-3-947802-14-2

Bestellung: info@venrob.org

Gefördert durch Mittel des Ministeriums der Justiz und für
Europa und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg.



Inhalt

Vom tieferen Sinn der Hoffnung <i>Heike Möller</i>	2
Partizipation – viel mehr als Stimmabgabe bei Wahlen! <i>Uwe Prüfer</i>	4
Solidarität im Herzen und die SDGs im Blick? Zum Meinungsmonitor Entwicklungspolitik 2016 <i>Uwe Prüfer</i>	5
Wirtschaftliche Initiativen und Entwicklung in Brandenburg im Lichte der nachhaltigen Entwicklungsziele <i>Bert Wibel</i>	7
Kirchliches Engagement im Wahljahr 2019 – evangelische Positionierungen <i>Patrick Schnabel</i>	12
Fünf Fragen an Jens Graf, den Geschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg <i>Heike Möller</i>	17
Warum Globales Lernen im Rahmenlehrplan 1–10 für Berlin und Brandenburg? Perspektiven der Bildungsverwaltung <i>Nadine Dümpe</i>	20
„Demokratie braucht eine starke Zivilgesellschaft“ Zum Positionspapier des VENRO 2018 <i>Uwe Prüfer</i>	22
Aus der Arbeit des Round Table Entwicklungspolitik Brandenburg 2018 <i>Kalle-Jonas-Grüttgen, Uwe Prüfer, Heike Möller</i>	25



Vom tieferen Sinn der Hoffnung

„Hoffnung ist nicht die Überzeugung, dass etwas gut ausgeht, sondern die Gewissheit, dass etwas Sinn hat, egal wie es ausgeht.“

Václav Havel

Zu diesem Zitat des tschechischen Dramatikers und Politikers fallen einem viele Themen ein: die Ursachen und Folgen des Klimawandels, Migration, zunehmender Autoritarismus, Globalisierung, Digitalisierung, Einschränkung persönlicher Freiheitsrechte, Hyperkonsum, die Freiheit zur Selbstentmündigung, Brexit, America First, #MeToo ... Die Liste ließe sich beliebig ergänzen. Das muss doch alles irgendeinen Sinn ergeben, damit die Hoffnung nicht doch noch stirbt – oder gehen wir früher? Im besten Fall ja, aber unsere Nachfahren werden daran arbeiten müssen, was unsere Generation verbockt hat. Aber was soll's, auch wir als Generation mussten den Mist unserer Vorfahren ausbaden – das 20. Jahrhundert bot genug davon. Aber eben auch eine bis dato unbekannte wirtschaftliche lange Phase der Prosperität, in der wir unsere heutige Vorstellung von Demokratie und Menschenrechten, Wirtschaftswachstum und Wohlstandsmehrung, Selbstbestimmung und Rechtsempfinden hegen und pflegen konnten – die einen in der offiziell zugänglichen Welt, die anderen in einer geschlossenen Gesellschaft, zu der nur diejenigen Zugang haben, die über das nötige Eintrittsgeld verfügen.

Gesellschaftliche Teilhabe ist weder selbsterklärend noch selbstverständlich. Zahlreiche Untersuchungen bestätigen die zunehmende Spaltung unserer Gesellschaft in Arm und Reich auf Kosten der Mittelschicht. Zugehörigkeit definiert sich über unsere frühkindliche Prägung. Deshalb sind Bildung und ethisch-moralische Grundkenntnissen das Fundament unserer Gesellschaft. Deshalb ist es so wichtig, den Blick zu weiten, über den heimischen Tellerrand hinauszudenken und das Gemeinsame und Verbindende zu suchen, anstatt das Fremde und Trennende zu finden und zu betonen. Das Aufeinander-Zugehen auf der Suche nach dem Dialog und dem verbindenden Gemeinsamen ist das Gebot der Stunde und genau hier setzt das Forum Entwicklungspolitik Brandenburg an mit dieser mittlerweile achten Ausgabe.

Dreh- und Angelpunkt sind auch in dieser Ausgabe wieder die Ergebnisse des seit neun Jahren jährlich stattfindenden Round Table Entwicklungspolitik Brandenburg. In seiner Entwicklung betrachtet, ist hier ein gutes Stück Arbeit geschafft worden. Der Round Table hat sich als Arbeitsgremium für seine Interessensgruppen bewährt: Promotor*innenprogramme wurden welt- und kirchlicherseits ins Leben gerufen, Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) beginnt Eingang in die Curricula der Schulen zu finden, BREBIT macht Schule, Tandem-Programme für und von Migrant*innen zum Globalen Lernen sind aufgelegt, Faire Städte, Schulen und Gemeinden bekommen langsam, aber sicher auch in Brandenburg Zulauf und verlieren ihren Status als Leuchtturmprojekte usw. Wenn ich etwas oder jemanden vergessen habe – er/sie möge mir verzeihen, das kommt vor. Alles braucht seine Zeit, selbst der Brandenburgische Städte- und Gemeindetag in Person seines seit Februar 2018 neuen Geschäftsführers Jens Graf. Seine Antworten zur Agenda 2030 finden sich auf den Seiten 17 bis 19.

Wer wissen will, welche Wirtschaftsunternehmen in Brandenburg sich in jüngeren Jahren der Nachhaltigkeit verschrieben haben, dem sei der Beitrag des EZ-Scouts vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) an der Potsdamer Industri- und Handelskammer Bernd Wibel nahegelegt. Vom mobilen Analyselabor über Insektenbrüter zur biologischen

Schädlingsbekämpfung hin zum Export des dualen Berufsausbildungssystems finden sich erstaunlich viele gute und realisierte Ideen, die in Brandenburg entwickelt und umgesetzt werden.

Politik wird nicht – auch nicht mehr in Bayern – von den Kanzeln aus gemacht. Wie stellt sich die evangelische Landeskirche zu den Wahlen im brandenburgischen „Superwahljahr“ 2019? Was sagt der Begriff „Nächstenliebe“ über die Interpretation des kirchlichen Auftrags aus, wie lässt sich der Dienst am Einzelnen in ein gesellschaftliches Gesamtkonzept des sozialen Mit- und Füreinander bringen? Patrick Schnabel benennt die Herausforderungen, denen die Kirche – und vielleicht der Glauben als solcher – diskursleitend begegnet und einen Raum für Auseinandersetzung bietet.

Entwicklungshilfe oder entwicklungspolitische Zusammenarbeit, was haben wir damit zu tun? Das Deutsche Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEval) stellt in seiner jüngsten Studie erschreckenderweise fest, dass sich in der deutschen Gesellschaft – seit 2016 deutlicher erkennbar und zum Teil sehr aggressiv offen artikuliert – eine Spaltung in Bezug auf innere und äußere Solidarität feststellen lässt. Wie diese sich in den Antworten der Befragten niederschlägt, ist in einer Zusammenfassung von Uwe Prüfer nachzulesen.

Nadine Düppe fragt in ihrem Beitrag „Globales Lernen im Rahmenlehrplan 1–10 für Berlin und Brandenburg“, warum es nicht „die“ Perspektive der Bildungsverwaltung ist und bezieht sich auf eine Publikation, die beschreibt, wie sich drei Cottbuser Grundschulen auf den Weg gemacht haben, um im Rahmen eines Modellprojekts zur Schulprofilentwicklung ihr Schulprofil auf ein Thema der Globalen Entwicklung auszurichten. Wer dazu mehr wissen will, liest auf Seite 20 weiter.

Wer steckt hinter VENRO, dem Dachverband der entwicklungspolitischen und humanitären Nichtregierungsorganisationen in Deutschland? Was sind ihre Ziele und wofür stehen und arbeiten sie? In Uwe Prüfers Beitrag zum Positionspapier 2018 des VENRO „Demokratie braucht eine starke Zivilgesellschaft“ finden Sie die Antworten, in denen Sie sich möglicherweise wiederfinden – und denen Sie sich anschließen können.

In diesem Sinne wünsche ich eine anregende Lektüre!

Potsdam im November 2018

Heike Möller



Partizipation – viel mehr als Stimmabgabe bei Wahlen!

2019 stehen in Brandenburg bekanntlich drei Wahlen an: für die Kommunalvertretungen, zum Europäischen Parlament und zum Landtag. Das Werben um Wählerstimmen wird begleitet von den Appellen an die Bürgerpflicht zur Stimmabgabe. Dagegen ist nichts zu sagen. Aber es geht um viel mehr, wenn von der Beteiligung der Bürger*innen an ihrer Gesellschaft die Rede ist. Ein Zusammenwirken von Staat und Zivilgesellschaft ist Voraussetzung für das Gelingen dessen, was als „Große Transformation“ den Wandel zu einer zukunftsfähigen Gesellschaft zu beschreiben versucht. In diesem Kontext sollte es vor allem auch ein Grundprinzip für weitere demokratische Entwicklung sein. Denn die tiefgreifenden Veränderungen, vor denen die Weltgemeinschaft steht, werden letztlich nur mit ausreichender und fairer Beteiligung der Bürger*innen und ihrer Organisationsstrukturen an den Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen umsetzbar sein. Ohne sie geht nichts bei der Umsetzung der Agenda 2030 sowie darauf aufbauender nationaler Strategien. Sie sind Teil der gesellschaftlichen Debatte über Ziele und Wege des Wandels, Protagonisten, Impulsgeber, Gegengewicht zu wirtschaftlichen Interessen und unersetzliches Korrektiv der Politik.

Um die Einbindung von zivilgesellschaftlichen Organisationen in politische Prozesse auf allen Ebenen von international bis lokal zu gewährleisten, muss sie mit diesen ausgehandelt werden und verbindliche Regeln erhalten. Je gerechter und glaubwürdiger dieser Prozess stattfindet, desto nachhaltiger ist er. Nur dann ist die Hoffnung berechtigt, dass sich ein derartiges Einbeziehen der Zivilgesellschaft auch lohnen wird: Wenn Bürger*innen sich einbringen wollen und können, lernen sie, sich konstruktiv miteinander auseinanderzusetzen. Positive Erfahrungen mit politischen Aushandlungsprozessen führen in der Regel dazu, dass Demokratie wertgeschätzt und gestärkt wird. In Zeiten populistischer Meinungsmache und von Politikverdrossenheit bis hin zu offenem Hass auf „die da oben“ ist dies wichtiges und wirksames Gegengewicht.

Auch in Brandenburg gibt es natürlich bereits etliche Praxisbeispiele der Partizipation: Runde Tische, Steuerungsgruppen, Beiräte ... Der Round Table Entwicklungspolitik Brandenburg mit seinem Multi-Stakeholder-Ansatz ist seit 2010 auch eines davon. Der Runde Tisch Bildung für Nachhaltige Entwicklung ein weiteres. Dennoch sind manche Gremien und Prozesse noch nicht konsequent genug auf eine breite Beteiligung ausgerichtet. Es kommt immer wieder vor, dass „Partizipation“ gestartet wird, ohne dass das jeweilige Umfeld und vor allem die zivilgesellschaftliche Akteurslandschaft ausreichend erkundet und eine frühzeitige Einbindung gewährleistet werden. Partizipationsprozesse werden mitunter sehr formalisiert gestaltet, manche Ergebnisse werden letztlich von den durchführenden Stellen abgeschwächt oder ins Leere laufen gelassen. Alles dies birgt die Gefahr von Scheinpartizipation.

In unserem Flächenland besteht die Notwendigkeit, zivilgesellschaftliche Organisationen sowie Ansätze zu ihrer Vernetzung im ländlichen Raum zwischen Stadt und Land besonders zu fördern. Nur so kann die politische und gesellschaftliche Teilhabe der Menschen in strukturschwachen Regionen gewährleistet werden. In der Praxis bedeutet das eine deutliche Aufstockung der Förderungsangebote für entwicklungspolitische und migrantische Projekte und solche der politischen Bildung vor allem im ländlichen Raum. Mit der verstärkten Einbeziehung von migrantisch-diasporischen Gruppen und Expert*innen kann so eine rassismuskritische, für Diversität sensible Bildungsarbeit geleistet werden. Voraussetzung dafür ist die finanzielle Förderung von spezifischem Personal, um derartige Strukturen nicht nur aufzubauen, sondern sie bei ihrer Verstetigung zu begleiten. Es gilt ganz klar: Mehr Förderungen „vom Projekt zur Struktur“.



Uwe Prüfer, 2. Sprecher VENROB e.V.

Solidarität im Herzen und die SDGs im Blick?

Zum Meinungsmonitor Entwicklungspolitik 2018

Uwe Prüfer

Die entwicklungspolitische Community bezieht sich seit 2015 oft auf die von den Vereinten Nationen im Jahr 2015 verabschiedete Agenda 2030. Für die Erreichung deren 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung, die Sustainable Development Goals (SDGs), spielen Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit eine zentrale Rolle. Auch die Bundesrepublik hat sich dieser Agenda verpflichtet – und so engagieren sich staatliche Akteure und Aktivist*innen der Zivilgesellschaft für deren Umsetzung. Kommen sie damit jedoch bei „der breiten Bevölkerung“ auch an? Kennen die Bürger*innen diese SDGs, billigen sie diese und werden sie sogar selbst dafür aktiv? Es ist natürlich keine neue Frage, ob „die“ Bevölkerung das Anliegen von Entwicklungshilfe (bekanntlich lange Zeit so benannt, weil auch so gedacht) unterstützt oder Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit (EZ) ablehnt. Aber die deutsche Gesellschaft erlebt einerseits – seit 2016 deutlicher erkennbar und zum Teil sehr aggressiv offen artikuliert – eine Spaltung in Bezug auf innere und äußere Solidarität. Während zum anderen allein die Leistungen der öffentlicher Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance; ODA) 2016 Deutschlands immerhin bei rund 25 Milliarden Euro liegen.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht nur für die Bundesregierung wichtig zu wissen, wie in der Bevölkerung darüber gedacht wird. Wird z.B. das (bisher nicht erreichte) internationale Ziel

unterstützt, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für die EZ bereitzustellen? Wird der Argumentation gefolgt, dass globale Probleme auch nur im globalen Maßstab und nicht mehr in der Denkweise entwickelter und unterentwickelter Erster, Zweiter oder Dritter Welt gelöst werden können? Wer engagiert sich warum in welcher Form? Und werden diese zivilgesellschaftlich Engagierten vielleicht sogar mehr? Einstellungen, Wissen und Engagement der deutschen Bevölkerung hinsichtlich der EZ und nachhaltiger Entwicklung sind bisher kaum systematisch erfasst worden.

Das Deutsche Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEval), in seiner Arbeit mandatiert vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), hat aktuell eine Studie erstellt und herausgegeben, welche diese Lücke schließen soll. Damit können unterschiedlichen Akteuren der EZ sowie einer interessierten Öffentlichkeit umfassendes Datenmaterial sowie damit einhergehend Orientierung und Trendwissen zugänglich gemacht werden. Die Studie soll und kann dazu beitragen, dass entwicklungspolitische Akteure die strategische Ausrichtung ihres Politik- und Handlungsfeldes vor dem Hintergrund der öffentlichen Meinung reflektieren. Es lassen sich damit wichtige Hinweise für ihre praktische Arbeit etwa in der Kommunikation oder in der politischen Bildung geben.

Das Anliegen der Entwicklungszusammenarbeit wird durch die deutsche Bevölkerung generell unterstützt, dies auch in konstant hohem Maße: Etwa 90 Prozent der Bevölkerung finden EZ wichtig, etwa 40 Prozent fordern sogar ein stärkeres Engagement in der Armutsbekämpfung und ca. 30 Prozent befürworten eine großzügigere staatliche EZ. Zudem sprechen sich etwa 70 Prozent dafür aus, dass Deutschland das 0,7-Prozent-ODA-Ziel der UN erreicht oder überschreitet. Dies wird so interpretiert, dass ein Großteil der Bevölkerung die Bundesrepublik in einer globalen Verantwortung sieht. Zugleich möchten die Deutschen offenkundig, dass die Bekämpfung von Armut in ihrem eigenen Land Priorität hat. Kaum differenziert wird von ihnen nach verschiedenen Motivlagen für EZ wie z. B. Wirtschaftskooperation, Sicherheitsinteressen oder die Bekämpfung von Fluchtursachen.

Bezüglich der Wirksamkeit von EZ sind Zweifel weit verbreitet. Rund ein Viertel erachtet EZ für nicht wirksam, während nur zehn Prozent sie als wirksam einschätzen. Etwa die Hälfte der Bevölkerung positioniert sich dazwischen. Die Bürger*innen schätzen ein, dass immense 50 Prozent der EZ-Gelder allein durch Korruption verloren gehen würden. Jene (Un-)Wirksamkeitseinschätzung und der Korruptionsverdacht sind in der öffentlichen Meinung eng miteinander verknüpft.

Der Wunsch nach einem stärkeren Engagement der Bundesregierung für Armutsbekämpfung steht in Zusammenhang mit einer eher linken politischen Orientierung, dem Gefühl einer moralischen Verpflichtung gegenüber dem globalen Süden und einer eher positiven Wirksamkeitseinschätzung. Jüngere Menschen befürworten eine Ausweitung der Armutsbekämpfung stärker als ältere. In der Bevölkerung ist spezifisches Wissen zu globaler Entwicklung, Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit gering. Insbesondere die Entwicklung globaler Armut und der Kindersterblichkeit sowie der wissenschaftliche Konsens bezüglich des menschengemachten Beitrags zum Klimawandel wird verzerrt wahrgenommen. Die 17 SDGs – Mantra vieler Engagierter, wenngleich durchaus nicht unkritisch betrachtet – sind in

der Bevölkerung kaum bekannt! Und wer die Ziele (mehr oder weniger) kennt, ist oft indifferent bis skeptisch, ob diese erreicht werden können. Ein weiterer deutlicher Befund: Die eigenen Einflussmöglichkeiten auf die Umsetzung werden als nur sehr begrenzt eingeschätzt. Dabei ist die Selbstwirksamkeit, das Gefühl, etwas dafür tun zu können, besonders wichtig für die Motivation, sich für die Umsetzung der Ziele einzusetzen.

Wie steht es um das persönliche Engagement? 2017 spendeten ca. 20 Prozent der Bevölkerung Geld. Etwa genauso viele entschieden sich bewusst für oder gegen den Konsum bestimmter Produkte, um positiv auf globale Entwicklung und Armut einzuwirken. Deutlich weniger Menschen übernehmen Ehrenämter in dem Bereich. Dies wird u. a. auf die moralische Verpflichtung des Einzelnen und dessen empfundene Selbstwirksamkeit zurückgeführt. Für Spenden und bewusste Konsumententscheidungen sind zudem Bildungsgrad und Einkommen relevant.

Der Monitor ist unter anderem auf einer Veranstaltung am 4. Oktober 2018 in Berlin vorgestellt und diskutiert worden, zu der die Stiftung Nord-Süd-Brücken und die entwicklungspolitischen Landesnetzwerke der ostdeutschen Bundesländer eingeladen hatten. Die Daten und Einschätzungen der Bestandsaufnahme sind überwiegend als hilfreich und nutzbringend für die Arbeit der NGO bezeichnet worden. Gleichzeitig wurde kritisch angemerkt, vor allem aufgrund der eigenen Alltagserfahrungen, dass eine detailliertere Erfassung/Auswertung nach ost- oder westdeutschen Regionen sowie nach urbaner oder ländlicher Bevölkerung unter Umständen einige Akzentverschiebungen deutlich gemacht hätte. Das hätte weitere Überlegungen und Schlussfolgerungen für Bildung, Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation des Themenfeldes ermöglicht.

Schneider, S.H. / Gleser, S.H. (2018): Meinungsmonitor Entwicklungspolitik 2018 – Einstellungen zu Entwicklungszusammenarbeit und nachhaltiger Entwicklung. Deutsches Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEval), Bonn.

Der vorliegende Bericht sowie der Online-Anhang sind auf der DEval-Website als PDF-Download verfügbar unter: www.deval.org/de/evaluierungsberichte.html

Wirtschaftliche Initiativen und Entwicklung in Brandenburg im Lichte der nachhaltigen Entwicklungsziele

Bert Wibel



Bert Wibel
EZ-Scout IHK Potsdam
*entsandt durch das Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung*

Mit den acht Millennium Development Goals haben die Vereinten Nationen im Jahr 2000 die Weltgemeinschaft in die Verantwortung genommen, sich der zentralen Herausforderungen im globalen Süden anzunehmen. Anderthalb Dekaden später rückten diese Ziele näher: 2016 brachen die Sustainable Development Goals (SDGs) bewusst mit der Unterscheidung zwischen entwickelten und zu entwickelnden Weltregionen. Dies bescherte all jenen Akteuren erstmals eine denkbare Rolle, die für sich und ihr Tun in der Welt übergangen worden waren.

Der globale Geltungsanspruch der Agenda 2030 bietet neben neuen Herausforderungen auch neue Chancen für die vielfach regional verwurzelte und im besten Sinne des Wortes bodenständige Brandenburger Wirtschaft. In Sachen nachhaltiger Entwicklung sind alle in der Pflicht – dabei ermöglicht es das SDG-Rahmenwerk jedem Einzelnen, einen Beitrag entsprechend seiner Möglichkeiten zu leisten.

Die IHK Potsdam als größtes Netzwerk der Brandenburger Wirtschaft hat Nachhaltigkeit in ihrem 2015 verabschiedeten Leitbild gezielt verankert. Orientiert am Bild des „ehrbaren Kaufmanns“ ist für viele Mitglieder der Kammer Nachhaltigkeit Teil ihrer unternehmerischen DNA und damit nicht allein Ziel, sondern Ausgangspunkt ihrer Tätigkeit.

Unter dem Dreispitz der Nachhaltigkeit

Bereits Friedrich der Große wusste, dass Köpfchen hat, wer unter dem Dreispitz ökonomische, soziale und ökologische Dimension zusammenbringt. Nur so sind auf Dauer und über Generationen hinweg gemeinschaftliches Zusammenleben und individuelle Erfüllung möglich. Die IHK Potsdam hilft Unternehmen, ökonomisch nachhaltig zu arbeiten – unterstützt sie also dabei, kluge Ideen und Erfindungsreichtum in Geschäftsmodelle zu übertragen. Gleichzeitig ist es Anliegen und Antrieb der Kammer, dass dies im Einklang mit Natur und Gesellschaft geschieht, wofür sie entsprechend Beratungsangebote fokussiert und entwickelt.

Werden die Entwicklungsziele gemäß ihrer Marktgängigkeit unterteilt, bieten nachhaltige Energieversorgung und Investitionen in den Klimaschutz sowie die Bereitstellung nachhaltiger Infrastruktur neue Geschäftsmöglichkeiten. Sie scheinen als perspektivische „Selbstläufer“ aus ökonomischem Kalkül gewährleistet. Die Praxis zeigt, dass über diese Themenfelder hinaus Brandenburger Wirtschaftsakteure vor Ort wie im Rest der Welt ihren Beitrag zur Erfüllung der UN-Entwicklungsziele leisten. Einige ausgewählte Beispiele aus unterschiedlichen Branchen illustrieren

das Bemühen der regionalen Unternehmen, in Brandenburg Tradition und Innovation im besten Sinne der SDGs zu vereinen.

Saat und satt „made in Brandenburg“

In Brandenburg als Obst- und Gemüsegarten der Hauptstadt wächst auch das Wissen um die nachhaltige Nutzung unserer Agrarlandschaften. Über Ihre Arbeit liefern u.a. das Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung ZALF e.V. in Müncheberg, das IGV Institut für Getreideverarbeitung GmbH in Nuthetal oder auch die Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde HNEE zukunftsfähige Konzepte für eine nachhaltige Bewirtschaftung von Acker- und Waldflächen. Gleichzeitig helfen Brandenburger Unternehmer dabei, einen Beitrag zu einer angemessenen Versorgung zu leisten.

„Tank oder Teller ... oder doch Trog?“ Bis 2050 soll die Weltbevölkerung auf zehn Milliarden ansteigen, der Fleischverzehr sich gar verdoppeln. Der zunehmende Anbau von Soja für die Schweine- wie Hühnermast bedroht Regenwälder und Artenvielfalt. Die Verfütterung von Fischmehl ist mitverantwortlich für die chronische Überfischung der Weltmeere. Eine Lösung verspricht die Hermetia GmbH. Die Hermetia Baruth GmbH ist ein Spin-off der Katz Biotech AG, die seit 1992 nützliche Insekten für die biologische Schädlingsbekämpfung züchtet und vertreibt. Sie setzt dabei ganz auf die namensgebende Soldatenfliege: Deren Larven setzen organische Reststoffe und Substrate in hochwertiges Protein um. Zu Insektenmehl zermahlen dienen sie im Anschluss als Tiernahrung. Der Clou: Nicht nur sinkt der Bedarf an traditionellen Futtersorten und Anbauflächen. Die Larven leisten zudem einen Beitrag zum Recycling und dies bei hervorragender CO₂-Bilanz. In zahlreichen Ländern hat das Unternehmen seine Vision und Technologie bereits verkauft – der größte „Insektenbrüter“ steht mittlerweile in China.

Bis heute stellen Mangelernährung und ihre drastischen Folgen in vielen Ländern

eine große Herausforderung dar. Entsprechend ambitioniert sind lokale Programme zur nährstoffreichen Versorgung. Um deren Erfolge abzusichern, ist Technologie aus Tel-tow in mittlerweile 80 Ländern von Bolivien bis Uganda im Einsatz. Das als Spin-off von Professor Dr. F.J. Schweigert 1999 gegründete Analyseunternehmen hat sich darauf spezialisiert, die Wege zwischen Probe und Analyse zu verkürzen, indem es mobile Analyselabors entwickelt. So wiegt der patentierte und vielfach prämierte iCheck kaum 500 Gramm. Der Kleinkoffer ersetzt jedoch ein komplettes Analyselabor. Von NGOs und lokalen Behörden genutzt, hilft der „Zauberkasten“, den Gehalt von Vitamin A und anderen Nährstoffen in Lebensmitteln zu prüfen – schneller und einfacher als jede Alternative und zu einem Bruchteil der Kosten.

Versorgen und vorsorgen

In Sachen Gesundheitsversorgung vereint die Brandenburger Lösung für Entwicklungs- und Schwellenländer Grips und Griff, denn auch das von Nevita Systems in der Stadt Brandenburg entwickelte „mobile Krankenhaus“ passt zwischen zwei Kofferschalen. Die Absolventen der Hochschule Brandenburg an der Havel bringen Erstversorgung in Regionen, in denen kein Arzt verfügbar ist. Möglich macht dies eine Kombination robuster Hightech und eigens entwickelter Software, welche Anwender durch das Diagnoseverfahren lotst. Den jungen Gründern geht es vor allem um die Diagnose von Infektionserkrankungen und darum, die Müttersterblichkeit zu verringern. Nach einer ersten Pilotierung in Indien planen sie, ihr Engagement in weitere Weltregionen ausweiten.

Mit Schwerpunkt auf unseren Nachbarkontinent Afrika ist Health Focus GmbH aus Potsdam aktiv. Die 2001 gegründete unabhängige Beratungsgesellschaft unterstützt Regierungen, bi- und multilaterale Entwicklungsinstitutionen sowie private und zivilgesellschaftliche Organisationen. Im westafrikanischen Guinea beispielsweise bildet das Unterneh-

men Laborpersonal aus. Damit ermöglicht es den Patienten vor Ort erstmalig den Zugang zu verlässlichen Laborergebnissen und einem wachsenden Mitarbeiterstamm ein geregeltes Einkommen.

Ein besonderes Brandenburger Engagement honorierte unlängst auch Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, als er Anfang 2018 Christoph Miethke einlud. Mit seinem gleichnamigen Unternehmen hat der Potsdamer Unternehmer sich der Entwicklung innovativer Implantate zur Behandlung des Hydrocephalus (Wasserkopf) verschrieben. Der Empfang in Schloss Bellevue erfolgte in besonderer Anerkennung für die Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung. Der Medizintechniker engagiert sich unter anderem für das Neue Potsdamer Toleranzedikt – Gemeinsam für eine weltoffene Stadt e.V. sowie bei der Behandlung von Kindern mit Hydrocephalus in einem Krankenhaus in Ruanda.

Exportschlager Berufsausbildung

Duale Berufsausbildung *made in Germany* mit Praxisorientierung und enger Einbindung der Ausbildungsbetriebe sichert den Jugendlichen eine berufliche Perspektive und den Unternehmen Zugang zu fähigen Arbeitskräften. Gleichzeitig leistet das System, das von Kammern, Berufsschulen und Unternehmen in Industrie und Handwerk getragen wird, einen entscheidenden Beitrag für Chancengleichheit und Integration. Mit dem Welcome Integration Network bietet die IHK Potsdam Geflüchteten und Unternehmen gleichermaßen Beratung und hilft beiden Seiten, zueinanderzufinden. In vielen Entwicklungsländern ist der Druck auf dem Arbeitsmarkt noch ungleich größer. Die Bevölkerung wächst dynamisch, wodurch die Schaffung von Jobs zur zentralen gesellschaftlichen Herausforderung wird. Demgegenüber verläuft die Ausbildung strikt akademisch. Unternehmen fordern zwar geschulten Nachwuchs ein, übernehmen aber keine aktive Rolle bei dessen Qualifizierung. Die Folge ist hohe

Jugendarbeitslosigkeit bei gleichzeitigem Fachkräftemangel. Während Erstgenanntes wachsenden Migrationsdruck nach sich zieht, hemmt Zweitgenanntes die volkswirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten. Nicht von ungefähr räumt die deutsche Entwicklungszusammenarbeit dem Thema „berufliche Bildung“ daher höchste Priorität ein und greift dankbar auf das Know-how deutscher Wirtschaftsakteure zurück. Brandenburger Berufsbildung macht Schule(n) weltweit. Seit Jahren und in schöner Regelmäßigkeit empfängt die IHK Potsdam Delegationen, die aus den verschiedensten Ländern, jedoch stets mit dem gleichen Wunsch nach Potsdam reisen: sich zu mehr Praxis in ihrer beruflichen Qualifizierung auszutauschen und von den deutschen Erfahrungen zu lernen. Gefördert durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und mit Unterstützung der IHK Potsdam setzt der Ausbildungsverbund Teltow e.V. (AVT) seit 2016 über eine Berufsbildungspartnerschaft auf Sansibar genau an diesem Punkt an. Ähnliches plant auch das Berufsförderungswerk e.V. des Bauindustrieverbandes Berlin-Brandenburg: Gemeinsam mit Brandenburger Unternehmen wird der Bildungsträger ab dem kommenden Jahr Jugendlichen im zentral-amerikanischen Guatemala eine praxisnahe Ausbildung ermöglichen.

Stadt, Land, Fluss

Die Nachhaltige Entwicklung von Städten und Kommunen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die IHK Potsdam unterstützt kooperative Stadtentwicklungsprozesse und die Stärkung von Innenstädten und Ortszentren unter anderem über die „City-Offensive Westbrandenburg“ oder auch den IHK Wettbewerb „Region Zukunft“. Innovativen Umwelttechnologien fällt seit Jahren ein Arbeitsschwerpunkt der IHK Potsdam zu. Von der energetischen Sanierung sowjetischer Plattenbauten über brasilianische Biomasse bis zur chinesischen Kreislaufwirtschaft: In der IHK Potsdam ist es gelebte Tradition, zu Herausforderungen weltweit mögliche Lösungen und Partner „made in

Brandenburg“ zu finden. Seit mittlerweile 21 Jahren organisiert die IHK Potsdam das größte internationale Unternehmertreffen der Energie- und Umweltwirtschaft „Green Ventures“. Die Kooperationsbörse hilft Anbietern nachhaltiger Technologien, sich grenzübergreifend zu vernetzen. Unmittelbar im Bundesland lässt sich eine ständig steigende Zahl der Mitgliedsunternehmen über das IHK-Umweltsiegel zertifizieren und setzt somit bewusst auf mehr Nachhaltigkeit. Die IHK begleitet hierbei aktiv Betriebe, die Systeme zum effektiven Umweltmanagement einführen und ihre unternehmerische Umwelt-Performance verbessern möchten. Bereits heute beeinflusst der Klimawandel die unternehmerischen Aktivitäten und Entscheidungen im Land Brandenburg. Antworten und Anregungen auf die Frage, „was Unternehmen tun können“ sind in einem gleichnamigen Leitfaden der IHK zusammengestellt.

Erneuerbare Energie für gutes Klima – gutes Klima für erneuerbare Energie

Brandenburg setzt zunehmend auf erneuerbare Energie. Im Rahmen des WindNODE-Projekts mit über 70 Partnern ist das Bundesland Teil einer großflächigen Modellregion und somit „Schaufenster intelligenter Energie“ – von der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen über tragfähige Netzintegration und Lastmanagement bis zu hochinnovativen Speicherlösungen. Die IHK Potsdam begleitet diese Entwicklung intensiv – zum einen über den Ausschuss für Energie und Klimapolitik – zum anderen seit 2002 als Projektträger der ETI, eine bereits Ende der 1990er-Jahre vom Ministerium für Wirtschaft des Landes Brandenburg ins Leben gerufene Energie Technologie Initiative zur Förderung der Entwicklung innovativer, energie- und CO₂-sparender Technologien in Brandenburg. Finanziert wird das Vorhaben aus Mitteln des Landes Brandenburg und der IHK-Potsdam. Impulse liefert die Kammer zudem über gemeinsame Konferenzen und Seminare im

Schulterschluss mit Potsdamer Institutionen wie dem Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung IASS oder dem Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung PIK und lädt zudem zur eigenständigen Veranstaltungsreihe „Climate Cafe“ ein. Bewusst will man auch hausintern eine Referenz für nachhaltige Energieversorgung schaffen. Gefördert durch das RENplus 2014–2020 Programm der Investitionsbank des Landes Brandenburg ILB plant die Kammer, ihren energetischen Eigenbedarf anteilig über eine Fotovoltaik-Dachanlage zu erzeugen. Hochinnovativ ist die Technologie von Solmove. Das Potsdamer Start-up bringt erneuerbare Energie auf die Überholspur: Die vom Unternehmen entwickelten Fotovoltaik-Module sollen den Straßenbelag der Zukunft bilden und zusätzliche Flächen für die Sonnenstromerzeugung nutzbar machen.

Bestens lokal entnetzt sind die Baitzer Heizer in Brück. Hier handelt es sich um eine eingetragene Genossenschaft, die es sich zum Ziel gesetzt hat, in Baitz eine zukunftsorientierte, zentrale Wärmeversorgung zu betreiben. Während an kurzen Wintertagen im Heizraum verfeuerte Holzhackschnitzel Heiz- und Warmwassersysteme der angeschlossenen Haushalte versorgen, übernehmen in Sommermonaten Solarkollektoren diesen Job. Ebenso innovativ wie die eingesetzte Technologie ist die Organisationsform: Bei der Genossenschaft stehen Teilhabe und Mitsprache an vorderster Stelle.

Eine neue Stufe in der Energiewende markiert das weltweit erste Wasserstoff-Wind-Biogas-Hybridkraftwerk ENERTRAGs mit Standort Prenzlau. Deren Antwort auf volatile regenerative Energiequellen lautet „Power to Gas“. Windkraft wird vor Ort zu Wasserstoff und synthetischem Methan umgewandelt. So lässt sich Windgas über Wochen im bestehenden Erdgasnetz speichern, bevor es sich zum Heizen und Kochen benutzen oder erneut verstromen lässt.

Über die genannten Beispiele hinaus gibt es zahlreiche weitere Unternehmen und Initiativen, deren Nennung den Rahmen sprengen würde.

Unternehmer und Übernehmer

Die IHK Potsdam nimmt ihre Rolle als gesamtgesellschaftlicher Akteur kontinuierlich wahr. Tatsächlich bieten die Ziele für nachhaltige Entwicklung der IHK-Struktur durchaus neuen Stoff, um ihren gesellschaftlichen Aufgaben und Ansprüchen in Zukunft noch umfassender gerecht zu werden.

Zunächst könnte (und sollte) die Kammer ihre Mitgliedsunternehmen noch aktiver an komplexe Themen und Prozesse wie die SDG-Debatte heranführen, ihre Relevanz erläutern und sie in konkrete Handlungsempfehlungen übersetzen. Dass wirtschaftlicher Erfolg und ökologische wie soziale Nachhaltigkeit in vielen Fällen gut zusammengehen, belegen die vorgestellten Erfolgsgeschichten anschaulich. Folglich sollte die IHK ihre

weitreichende Stimme nutzen, um regional bekannt zu machen, wie Brandenburger Unternehmer*innen aus nachhaltigen Ansätzen Kapital schlagen. So kann die beispielgebende Ausnahme zur Regel werden und sich eine Vorreiterrolle zum neuen Industriestandard entwickeln. Entsprechend ist die IHK Potsdam aktiver Akteur bei der Fortschreibung der Landesnachhaltigkeitsstrategie und beherzter Diskutant beim Round Table Entwicklungspolitik der Landesregierung. Expertise und Engagement der Kammer lassen sich hierbei ideal nutzen, um die Entwicklungszusammenarbeit der Brandenburger Landesregierung künftig noch stärker mit wirtschaftsnahen Themen und Akteuren zu begleiten. Ganz im Sinne des 17. Entwicklungsziels – nämlich Partnerschaften gründen, um die Ziele zu erreichen – ist die IHK Potsdam bereit für neue Partnerschaften, um gemeinsame Herausforderungen gemeinschaftlich zu meistern.



Isabella Greif / Fiona Schmidt

Staatsanwaltschaftlicher Umgang mit rechter und rassistischer Gewalt

Eine Untersuchung struktureller Defizite und Kontinuitäten am Beispiel der Ermittlungen zum NSU-Komplex und dem Oktoberfestattentat

Isabella Greif / Fiona Schmidt

Staatsanwaltschaftlicher Umgang mit rechter und rassistischer Gewalt

Eine Untersuchung struktureller Defizite und Kontinuitäten am Beispiel der Ermittlungen zum NSU-Komplex und dem Oktoberfestattentat

Auch mit Abschluss des NSU-Prozesses gibt es mehr offene Fragen als Antworten. Dies liegt auch in der Verantwortung der Behörde des Generalbundesanwalts. Die Autorinnen untersuchen, welche institutionellen Strukturen den staatsanwaltschaftlichen Umgang mit rechter und rassistischer Gewalt prägen und welche strukturellen Defizite sich daraus ergeben, die es Behörden wie der Bundesanwaltschaft ermöglichen, die Rolle staatlicher Sicherheitsbehörden einer strafrechtlichen Aufklärung zu entziehen.

ISBN 978-3-945878-78-1 | 303 Seiten | 19,90 Euro

Kirchliches Engagement im Wahljahr 2019 – evangelische Positionierungen

Patrick Schnabel



Pfr. Dr. Patrick Roger Schnabel
Beauftragter des Kirchlichen Entwicklungsdienstes der
Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische
Oberlausitz

Kirche und Politik – was soll das überhaupt?

Beim Thema „Kirche und Politik“ gehen die Meinungen weit auseinander und werden häufig emotional. Die einen finden, Kirche solle sich „um den Glauben kümmern“ und empfinden politisches Engagement als übergriffige Einmischung in ein säkulares Feld. Die anderen finden, Kirche sei nicht politisch genug, sondern müsse klarer Position beziehen. Gerade der evangelischen Kirche wird oft vorgeworfen, zu „schwammig“ zu sein und es jedem Recht machen zu wollen. Dann gibt es noch diejenigen, die zwar finden, dass Kirche sich gesellschaftlich und damit auch politisch einbringen müsse, aber doch bitte nicht so, wie sie es tut: Eher der eigenen Position entsprechend, schließlich glaubt man auch an Gott, ist vielleicht sogar Kirchenmitglied, und zieht daraus ganz andere Schlussfolgerungen als „die Amtskirche“.

Wenn also 2019 in Brandenburg gewählt wird – in den Kommunen, im Land und für Europa –, dann prägen all diese Meinungen und Erwartungen den Hintergrund, vor dem die Kirchen sich zu den Wahlen verhalten. Deshalb sei hier kurz skizziert, wie sich die evangelische Landeskirche dem Thema stellen wird. Die Kirche ist kein politischer Akteur in dem Sinne, dass sie in Wahlen „Partei“ im

engsten Wortsinn begreift – die Zeiten aus der Frühphase unserer deutschen Demokratie, in der es Wahlempfehlungen von den Kanzeln gab, sind lange vorbei. Die Kirche ist deswegen aber nicht unpolitisch. Sie versteht sich als Stiftung Jesu Christi, die die Aufgabe hat, in dieser Welt die Frohe Botschaft – das Evangelium – in Wort und Tat zu verkünden. Insofern soll sie sich tatsächlich ausschließlich um den Glauben kümmern. Nur ist dieser Glaube eben kein purer Theismus: Es geht nicht um die abstrakte Frage, ob diese Welt und wir Menschen aus dem Nichts, durch Zufall, oder von einem Gott und mit einem Sinn geschaffen wurden. Es geht um die Frage, wie der Mensch, wenn man von einem Gott und einem Sinn ausgeht, in dieser Welt leben soll. Jesus wird zitiert, dass man die gesamte Bibel in dem Satz zusammenfassen könne: Der Mensch solle Gott lieben und seinen Nächsten wie sich selbst. Wenn er gefragt wurde, wie man „richtig“ glaube, erzählte er Geschichten wie die vom barmherzigen Samariter.

Den Glauben zu leben bedeutet also nichts anderes, als danach zu fragen, wie Nächstenliebe sich in jeder möglichen Situation verwirklichen lässt. Anders gesagt: Sich „um den Glauben zu kümmern“ heißt, diakonisch – dienend – zu handeln. Das beschränkt sich nicht auf den Dienst am Einzelnen, sondern

muss auch die Zusammenhänge in den Blick nehmen, die die Lebensbedingungen von Menschen prägen. Soziale Diakonie ohne gesellschaftliche Diakonie läuft ins Leere, weil so die Ursachen von Armut, Ungerechtigkeit, Konflikten und Schöpfungsgefährdung nicht beseitigt werden können. Aus dieser Interpretation ihres religiösen Auftrags heraus nimmt die Kirche gesellschaftliche Entwicklungen sehr genau wahr und will mitgestalten. Dabei verbietet es sich ihr, Parteipolitik zu betreiben. Überzeugte Christen und ethisch verantwortbare Positionen finden sich in allen demokratischen Parteien.

Wohl aber ergreift Kirche „Partei“ im übertragenen Sinn: für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung. Selten wird sie dabei konkrete politische Handlungsanweisungen geben. Schließlich ist die Umsetzung einer Überzeugung oft parteipolitisch gefärbt und innerhalb eines weiten Spektrums an möglichen Ausgestaltungen am Ende Sache des gewählten Parlaments. Gesellschaftlicher Diskurs muss aber die Grenzen dieses Spektrums definieren, um Grenzüberschreitungen zu verhindern.

In einer pluralistischen Gesellschaft braucht es Kräfte, die im politischen Meinungsstreit und im Kampf um parlamentarische Mehrheiten Diskurs und direkten Dialog ermöglichen. Vielfach sind es kirchliche Einrichtungen, die sich um eine solche Moderatorenrolle bemühen: Gemeinden, Akademien, ökumenische Zentren laden die Vertreter der diversen politischen Strömungen zum Diskurs ein. Diese Moderation ist im Idealfall neutral, aber nicht beliebig. Die vorrangige Option für die Schwachen ist ihr vorgegeben, wie auch die Hinwendung zu jedem Einzelnen, der sich politisch engagiert. Sie ist offen für jeden, aber nicht für alles. Sie versucht, auszuloten, inwieweit sich Menschen und ihre Positionen unterscheiden lassen. Sie versucht, Diskurse und Handlungen innerhalb der Grenzen des ethisch Vertretbaren zu halten und nicht eine Spirale der Ausgrenzung zu befördern, die extreme Positionen eher verhärtet und den Dialog und die Verständigung verhindert.

Politik möglich machen

Richard von Weizsäcker hat diese Rolle einmal mit dem Satz beschrieben, Kirche solle nicht Politik machen, aber Politik möglich machen. Unter „Politik“ wird dabei der demokratische Kompromiss verstanden, der in einem pluralen, demokratischen Gemeinwesen die unersetzliche Grundlage des Regierens ist. Zu vielfältig und widersprüchlich sind die einzelnen Interessenslagen, als dass sich je eine völlig auf Kosten der anderen durchsetzen könnte oder dürfte. Allein im Kompromiss liegt die Möglichkeit gelingenden Regierens, indem die zentripetalen Kräfte in der Gesellschaft gestärkt und die zentrifugalen Kräfte gebändigt werden. Das Regieren trägt die Verantwortung dafür, dass der Staat im guten Sinne Heimstatt aller seiner Bürger sein und bleiben kann. Darum muss Parteiräson am Ende immer vor Staatsräson zurücktreten.

In großen Volksparteien war das bisher immer selbstverständlich. Aber unsere Gesellschaften sind heute so plural geworden – d.h. sie bieten Menschen mit sehr unterschiedlichen Meinungen, Interessen und Positionen Raum –, dass das System der Volksparteien an seine Grenzen stößt. Wo sich in einer großen Partei zu einigen Punkten keine Kompromisse mehr aushandeln lassen, treten neue Parteien hinzu, die in diesen Punkten Partikularinteressen artikulieren. Das verlagert das Aushandeln des politischen Kompromisses von den Parteigremien auf die parlamentarische Ebene. Koalitionen müssen gebildet oder andere Mehrheiten gefunden werden. Demokratie wird dadurch schwieriger, aber nicht notwendig schlechter – manchmal sogar deutlich transparenter. Doch nach diesem längeren und eher abstrakten Vorlauf nun zum Konkreten: dem Wahljahr 2019 in Brandenburg.

Unser demokratisches Gemeinwesen ist gefährdet

Aus Sicht der evangelischen Kirche ist besonders bedenklich, dass die Kompromissfähigkeit – als die unverzichtbare Basis demokratischen Regierens – gesamtgesellschaftlich abzunehmen scheint. Der Ton wird rauer. Man darf das

sicher nicht überdramatisieren. Wenn man sich Bundestagsdebatten aus den 1950er- und 1960er-Jahren anhört, war oft mehr Konfrontation zu erkennen. Der politische Meinungsstreit, das Aufeinanderprallen von Interessen ist nicht wider die Demokratie, sondern gehört zu ihrem Wesen. Der Europäischen Union wird oft ein Demokratiedefizit unterstellt, weil ihr der sichtbar ausgetragene Konflikt fehlt: Die Europäische Kommission findet, zumindest nach außen, still und unaufgeregt technische Lösungen für Probleme und gilt daher als „Technokraten-Regierung“. Dem Parlament fehlt weitgehend die Außenwirkung. Und der Rat tagt so geheim und intransparent, dass Konflikte und Kompromissfindungen nicht nach außen dringen. Gut tut das dem Ansehen der EU nicht.

So wichtig wie der Streit, so wichtig ist am Ende auch die Einigung. Und die ist nur möglich, wenn sich die Debatten innerhalb eines Spektrums von Positionen halten, zwischen denen eine Vermittlung überhaupt möglich ist. Dazu gehört die Erkenntnis der Relativität der eigenen Meinung, der Respekt vor der Person desjenigen, dessen Position man nicht teilt, und vor allem ein gemeinsames Fundament an Werten, Idealen und Überzeugungen. Die Sorge, die nicht nur die Kirche im Moment umtreibt, ist vor allem, dass diese drei Aspekte dem gesellschaftlichen Diskurs verloren gehen. Meinungen werden absolut gesetzt, Menschen werden wegen ihrer Haltung herabgewürdigt und ein breiter demokratisch-sozialer Wertekonsens geht verloren. Nicht das Vorliegen unterschiedlicher Interessen und daraus abgeleiteter Positionen und Forderungen ist das Problem, sondern der Umgang damit. Kirchliches politisches Engagement im Wahljahr 2019 wird sich also primär darauf richten, diese drei Grundlagen eines funktionsfähigen demokratischen Gemeinwesens zu stärken und ihrer weiteren Erosion vorzubeugen.

Konkrete Herausforderungen für die Kirchen

Obwohl auch die evangelische Kirche in den neuen Bundesländern tatsächlich in einer

Minderheitensituation ist, versteht sie sich weiter als „Volkskirche“. Sie bringt damit zum Ausdruck, dass sie allen Menschen offensteht. Andere als religiöse Unterschiede spielen keine Rolle, was Mitgliedschaft in ihr anlangt. Sie kümmert sich nicht nur um die Partikularinteressen ihrer Mitglieder, sondern um das Gemeinwesen. Und tatsächlich finden sich in der Kirche sehr unterschiedliche Menschen. Unter ihnen gibt es auch AfD-Wähler, die keinen Widerspruch zu ihrem christlichen Glauben sehen. Einige meinen sogar, in der AfD eine bessere Anwältin des „christlichen Abendlandes“ finden zu können als in der Kirche.

Damit ist die Auseinandersetzung um die Positionen der AfD für die Kirchen nicht nur ein externes gesellschaftlichen Problem, zu dem sie sich äußern sollte, sondern auch eine interne Herausforderung, zu der sie sich verhalten muss. Dabei gilt zunächst: Die inzwischen gut 16 Prozent, die in den Wahlumfragen angeben, die AfD wählen zu wollen, dürfen nicht pauschal ausgegrenzt werden. Das würde Gesellschaft und Demokratie massiven Schaden zufügen und die Kommunikationsstrategie der AfD als Partei der Ausgegrenzten bedienen, ihre Anhängerschaft stabilisieren.

Gleichzeitig müssen Widersprüche zur christlichen Lehre klar benannt werden. Was durch Pegida und Co auf Straßen und Plätzen und mittlerweile durch die AfD auch im Deutschen Bundestag skandiert wird, ist ein Zerrbild des „christlichen Abendlandes“. Die Rücksicht auf die grundsätzlich wertzuschätzende Person darf nicht die pointierte Auseinandersetzung in der Sache verhindern, sondern muss die Art und Weise der Auseinandersetzung bestimmen. Allein das ist ein eigenständiger Beitrag zur Verbesserung der demokratischen Kultur.

Gleichwohl, die Bereitschaft zur sachlichen Auseinandersetzung muss sich einer Gefahr sehr bewusst sein: das kalkulierte Foulspiel als strategisches Instrument echter Gegner unserer Demokratie. Wo immer die offene und öffentliche Auseinandersetzung nur dem Schein nach an der Sache orientiert ist, darf

man sich ihr auch bewusst entziehen. Wo immer mit gezielten Provokationen sowie antidemokratischen und menschenfeindlichen Parolen die Grenzen dessen, was in einer Gesellschaft akzeptabel und tolerabel ist, weiter nach extrem rechts oder links verschoben werden, muss gezielt dagegen gehalten werden. Einige Funktionäre der AfD missbrauchen den Diskurs genau zu diesem Zweck, nutzen das demokratische Forum zur Destabilisierung der Demokratie, die Toleranz zur Verbreitung von Intoleranz, die Sachdiskussion zur Diskreditierung von Fakten. Dafür nicht die Folie zu bieten ist keine Feigheit und kein Fehler, sondern aktiver und dringend notwendiger Schutz des öffentlichen Raums.

Aber: Die 16 Prozent wählende Sympathisanten folgen nicht alle einer derart durchtriebenen und destruktiven Ratio. Viele sind enttäuscht oder frustriert, verunsichert oder ängstlich, sind wütend und fühlen sich mit ihren Meinungen demokratisch nicht repräsentiert. Die „Alternative“ für Deutschland zog ihren Namen und ihren ersten politischen Impuls aus der vermeintlichen „Alternativlosigkeit“ bestimmter Positionen einer politischen Mitte, wie sie durch die „Große Koalition“ geschrumpfter Volksparteien repräsentiert wird.

Diese Alternativlosigkeit war sicher ein nachhaltig wirkender Fehler politischer Kommunikation. Denn die fraglichen Positionen – zur europäischen Integration, zur Migrationspolitik, zur gesellschaftlichen Liberalisierung – sind tatsächlich auch in einem demokratischen Rechtsstaat nicht alternativlos. Sie sind aber unter Abwägung aller Umstände und möglichen Konsequenzen vermutlich weitgehend die besten. Politiker dürfen nicht zu bequem sein, den kleinteiligen Abwägungsprozess transparent zu machen und ihre Entscheidung zu begründen.

Es ist Aufgabe auch der Kirchen, den Diskurs wiederherzustellen. In ihren öffentlichen Foren soll sie Meinungen zulassen, die sie zwar inhaltlich nicht teilt, denen sie sich aber gemeinsam mit Vertretern der Politik

diskursiv stellt, statt sie als nicht umsetzbar zu diskreditieren. Das ist nicht immer einfach. Manche These, die in populistischem Duktus vorgetragen wird, entbehrt den Ansprüchen an intellektuelle Tiefe oder geistige Großzügigkeit, die wir für uns selbst beanspruchen. Hochmut ist hier aber fehl am Platze und schürt nur die Vorbehalte gegen die „Eliten“, die sich angeblich das politische System zur Beute gemacht haben.

Deshalb plant die evangelische Kirche, 2019 „Bürgerdialoge“ vor Ort anzubieten – gern in Kooperation mit Kommunen und dem Land. Der Bedarf an Foren, die offen für jeden Menschen und seine Sorgen sind, aber eben kein Forum für politische Hetze bieten, ist groß. Es ist gut, wenn sich Moderator*innen finden, die selbst kein Parteibuch haben, aber Partei für unsere offene Gesellschaft ergreifen. Wenn sie Menschen dafür werben, die ihr nicht aktiv feindlich gegenüberstehen, sich aber in dieser offenen Gesellschaft auch noch nicht / nicht mehr zu Hause fühlen.

Der Kampf um die offene Gesellschaft und die Demokratie, die uns von den politisch Extremen aufgezwungen wird, ist zentral. Er darf aber den Diskurs nicht in einer Weise bestimmen, die diesen Kräften überproportional viel Gewicht beimisst. Das wäre gleichbedeutend damit, Extremisten noch politisches Futter zu geben. Das kraftvollste Mittel, ihn zu führen, ist die Deutungshoheit über den politischen Alltag zurückzugewinnen. Der Diskurs darf sich gerade nicht auf das Verurteilen von Grenzüberschreitungen fokussieren, sondern muss mit Nachdruck innerhalb der Grenzen geführt werden, die Freiheit, Demokratie, Recht und Menschenwürde setzen.

Ein Baustein für eine solche Rückeroberung des Diskurses sind Wahlprüfsteine. Gerade die Europawahlen, aber natürlich auch die Landtagswahlen, bieten zahlreiche Gelegenheiten, die Kandidat*innen und Parteien bei der Sache zu behaften und zum Eigentlichen zurückzuholen. Die europäische Integration war als Projekt zur Schaffung von Frieden, Versöhnung und Wohlstand (in dieser Rei-

henfolge!) konzipiert. Als Gemeinschaft historisch vielfach verbundener Völker muss die EU, „schöpfend aus dem kulturellen, religiösen und humanistischen Erbe Europas, aus dem sich die unverletzlichen und unveräußerlichen Rechte des Menschen sowie Freiheit, Demokratie, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit als universelle Werte entwickelt haben,“ ihre Identität in konkreter Politik erweisen. Nimmt sie es hin, dass „unser Meer“ (das mare nostrum) nicht mehr Brücke nach Kleinasien und Afrika ist, sondern unüberwindliche Grenze und Todesfalle für Tausende? Sieht sie in den Nöten von Menschen, die um ihre Existenzgrundlagen kämpfen, lediglich Fluchtursachen oder engagiert sie sich aus Überzeugung für menschliche Entwicklung weltweit? Gibt sie angesichts weltweit steigender Treibhausgasemissionen ihre eigenen Anstrengungen zum Schutz des Weltklimas resignierend auf? Setzt sie sich diplomatisch für Konfliktlösungen in Krisengebieten ein, während europäische Firmen mit lukrativen Rüstungsgeschäften weiterhin an gewaltsamer Konfliktaustragung verdienen? Sieht sie dem Verfall des „Westens“ als Wertegemeinschaft schauernd-tatenlos zu?

Die Liste an möglichen Fragen, die Kirche und Zivilgesellschaft proaktiv in den Diskurs einbringen können, ist lang. Es braucht breite Bündnisse und Kooperationen diverser Partner, um sie so energisch und flächendeckend einbringen zu können, dass die Auseinandersetzung mit Ihnen wieder diskursbestimmend wird und am Wohl des Menschen orientierte Lösungsalternativen wieder diskursleitend werden.

Der Entwicklungspolitik kommt dabei zunehmend eine Schlüsselstellung zu. Im interpretativen Rahmen der nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs) ist Entwicklungspolitik ein Querschnittsthema nicht mehr allein der auswärtigen, sondern auch der Innenpolitik. Energie- und Umweltpolitik, Bildungs- und Sozialpolitik, Gleichstellungspolitik und die Stärkung demokratischer Institutionen sind Aufgaben, die auch auf kommunaler und auf Landesebene bearbeitet werden müssen.

Die Kirchen sind hier auf allen Ebenen in der Pflicht. Als „Landpfarrer“ in Ostprignitz-Ruppin habe ich erlebt, wie frustrierend es für viele Menschen war, zu erleben, dass nach Konsum, Post und Gaststätte auch im Pfarrhaus irgendwann das Licht ausging. Die Kirche muss lernen, auch unabhängig von hauptamtlichem Personal in den Kommunen mit unseren Themen präsent zu sein und die örtlichen Gemeinwesen zu stärken. Es ist wichtig, aber vergleichsweise leicht, sich mit politischen Kandidaten für den Landtag oder das Europäische Parlament über seine Wahlprüfsteine zu unterhalten. Aber die Menschen leben zunächst vor Ort. Wenn sie hier keine funktionierende, demokratische Infrastruktur vorfinden, sind sie für die „höheren“ Ebenen nicht zu gewinnen. Deshalb kommt es nicht (nur) darauf an, Bischöfe und Ministerpräsidenten ins Gespräch mit den Menschen zu bringen. Demokratische Bildung, Globales Lernen, Bildung für nachhaltige Entwicklung beginnt in Schulen und Gemeinden – kirchlichen wie kommunalen. Diejenigen, die heute Demokratie stärken wollen, müssen sich zuerst auf dieser Ebene zusammenfinden und gesellschaftliches Bewusstsein verändern. „Fair Trade Towns“, „Faire Schulen“, „Faire Gemeinden“ und viele andere ähnliche Projekte, gemeinsam getragen von einer Vielzahl gesellschaftlicher Gruppen, sind politisch-symbolische Statements und wirksame Handlungen, von denen wir so viel wie möglich haben sollten, nicht nur in Wahljahren.

Weiterführender Literaturhinweis:

„Konsens und Konflikt: Politik braucht Auseinandersetzung. Zehn Impulse der Kammer für Öffentliche Verantwortung der EKD zu aktuellen Herausforderungen der Demokratie in Deutschland“ (https://www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/20170814_konsens_und_konflikt.pdf).

Fünf Fragen an Jens Graf, den Geschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg

Heike Möller



Jens Graf
Geschäftsführer des Städte- und
Gemeindebundes Brandenburg

Seit mittlerweile acht Jahren erscheint alljährlich die von VENROB und WeltTrends herausgegebene Broschüre *Forum Entwicklungspolitik Brandenburg (FEB)*. Angesichts der Landtagswahlen 2019 wählten wir für die aktuelle Ausgabe den Schwerpunkt „(entwicklungs-)politische Kommunikation und Partizipation im Wahljahr 2019“. Wir möchten vom Städte- und Gemeindebund Brandenburg (StGB Bbg.) wissen, welche Überlegungen es dazu gibt, die von der Bundesregierung 2015 beschlossene Agenda 2030 umzusetzen. Hat der StGB Bbg. dazu eine Meinung und wenn ja, welche? Gibt es Anfragen aus den Städten und Kommunen dazu? Wie positioniert sich der StGB Bbg. zum Thema Geflüchtete und Fluchtursachen? Aus allen Teilen der Welt, besonders aber aus Kriegs- und Krisenregionen, kommen Geflüchtete und Asylsuchende in deutschen Städten und Gemeinden an. Welche Handlungsempfehlungen kann der StGB Bbg. hierzu an seine Mitglieder geben? Oder andersherum gefragt: Welche Erwartungen gibt es diesbezüglich von seinen Mitgliedern?

1. *Welche grundsätzlichen Positionen nimmt der StGB Brandenburg zur Verantwortung der kommunalen Ebene bei der Gestaltung von nachhaltiger Entwicklung ein?*

Jens Graf: Im Städte- und Gemeindebund Brandenburg wurden 2013 die nachfolgend

dokumentierten „Eberswalder Thesen zur nachhaltigen Entwicklung der Städte, Gemeinden und Ämter im Land Brandenburg“ erarbeitet.

Eberswalder Thesen zur nachhaltigen Entwicklung der Städte, Gemeinden und Ämter im Land Brandenburg

1. Jede Nachhaltigkeitsstrategie muss sich auch auf den Kern des Begriffes besinnen: Ressourcen sind so zu nutzen, dass die folgenden Generationen wenigstens ebenso viele Vorteile daraus ziehen können, wie sich die jetzt lebende Generation daraus zueignet.
2. Eine Anpassung an den Klimawandel ist geboten. Feuchtere Winter, trockenere Sommer und Extremwetterlagen werden nach den vorliegenden Erkenntnissen zunehmen. Den Kommunen sollten regionalisierte und lokalisierte Prognosedaten einfach zugänglich gemacht werden. Die Kommunen sollten sich bei ihrem Handeln aktiv auf den Klimawandel einstellen: z. B. durch Hochwasserschutz und Grundwasservorsorge, durch höheres Augenmerk bei der Grünflächengestaltung und angepasster Auswahl von Pflanzen und Bäumen.

3. Städte, Gemeinden und Ämter handeln nachhaltig:

- Sie haben nach der politischen Wende eine gelebte lokale Demokratie eingeführt.
- In weiten Teilen des Landes wurde die Infrastruktur grundlegend erneuert (Trinkwasser, Abwasser, Straßen, Quartierssanierung).
- Die Kommunen haben dabei fachgebietsübergreifend geplant und ausgeführt.
- Seit Kurzem bilden die Kommunen – anders als die staatliche Ebene – ihren gesamten Ressourcenverbrauch bereits im doppelten Haushaltswesen ab.
- Viele Beispiele wie der Stadtumbau oder die Dorferneuerungsplanung belegen, dass dabei die Dimensionen der Nachhaltigkeit (Umwelt, soziale und wirtschaftliche Entwicklung) in Einklang gebracht wurden.

4. Welche Ziele dabei im Einzelnen erreicht werden sollen, muss jede Stadt oder Gemeinde eigenverantwortlich mit ihrer Bürgerschaft entscheiden. Städte und Gemeinden sind bürgerschaftlich organisiert. Ihre zentralen Verwaltungsorgane sind unmittelbar vom Volk gewählt. Die Einbeziehung der Bürger in die Erfüllung der Aufgaben der örtlichen Gemeinschaft ist Kern kommunaler Selbstverwaltung. Städte und Gemeinden müssen selbst entscheiden, wo, in welchem Umfang und mit welcher Verbindlichkeit Bürger und Betroffene in Planungen und Entscheidungen weitergehend einbezogen werden. Dabei wird die Gefahr gesehen, dass organisiert eingebrachte Einzelinteressen die Orientierung von Entscheidungen am Gemeinwohl beeinträchtigen können. Neue Partizipationsinstrumente sind nicht erforderlich. Handlungsbedarf bei der Bürgerbeteiligung wird insbesondere im Bereich der Fachplanungen (Energiewende) oder bei Großprojekten (Flughafen) gesehen.

5. Zentraler Teil jeder Nachhaltigkeitsstrategie ist die Formulierung von Indikatoren, an denen die Ergebnisse überprüft werden

können. Städte, Gemeinden und Ämter müssen ihre Ziele und Indikatoren in Ausübung ihres Selbstverwaltungsrechts selbst bestimmen können. Quantitative Indikatoren sind grundsätzlich geeignet. Städten und Gemeinden ist zu empfehlen, auch Teile der Berliner Indikatoren zu nutzen. Sie sollten später durch qualitative Messgrößen ergänzt werden. Vonseiten des Landes sollten lokal nutzbare Daten zugänglich bereitgestellt werden.

6. Eine glaubwürdige Landesnachhaltigkeitsstrategie verlangt einen ergebnisoffenen Dialogprozess mit der Bevölkerung des Landes, aber auch mit den Kommunen. Das vom Land bisher gewählte Format einer Beteiligung einzelner Städte, Gemeinden und Ämter durch Workshops wird nicht als ausreichend erachtet. Die kommunale Selbstverwaltung muss auch in einer Landesnachhaltigkeitsstrategie respektiert werden.

7. Eine Landesnachhaltigkeitsstrategie ist eine Querschnittsaufgabe, die – wie beim Bund – Chefsache sein muss. Daher wäre eine Ansiedlung bei der Staatskanzlei geboten. Das jetzt federführende Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz muss nämlich selbst zentrale Themen der Nachhaltigkeit als eigene vertreten und ist daher selbst starker Fachakteur. Zudem ist geboten, andere Konzepte des Landes (Energierategie, Demografiestrategie ...) zu bündeln. In einer solchen Koordinierung wird auch für die Kommunen eine Chance gesehen.

Das Präsidium des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg hat vorstehende Thesen in seiner Sitzung am 21. Oktober 2013 beschlossen. Sie waren vom Planungs- und Bauausschuss am 1. März 2013 in Kooperation mit der Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde in der Stadt Eberswalde vorbereitet worden (vgl. Mitt. StGB Bbg. 2013, S. 91 ff.).

II. Welche Rolle spielt dabei für Sie die Landesnachhaltigkeitsstrategie Brandenburgs mit

ihrem Handlungsschwerpunkt 2 „Lebenswerte Dörfer und Städte“?

Jens Graf: Die „Eberswalder Thesen zur nachhaltigen Entwicklung der Städte, Gemeinden und Ämter im Land Brandenburg“ wurden im Zusammenhang mit der Landesnachhaltigkeitsstrategie erarbeitet. Sie setzen sich mit ihr kritisch auseinander.

III. Es gibt bereits einige Städte und Gemeinden in Brandenburg, die sich vor allem das elfte Ziel der SDGs, „Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig zu gestalten“, auf die Fahnen geschrieben haben. Zu nennen wären hier z.B. Eberswalde oder Baruth, dessen Bürgermeister Peter Ilk mit den „Baruther Schlossgesprächen für eine nachhaltige Entwicklung in Brandenburg“ den Dialog mit den Stakeholdern aus der Entwicklungspolitik sucht. Was halten Sie von derartigen Formaten?

Jens Graf: Der Städte- und Gemeindebund Brandenburg tritt für die Wahrung des Rechtes auf kommunale Selbstverwaltung ein. Städte, Gemeinden und Ämter entscheiden im Rahmen ihrer Selbstverwaltung über Themen und Formate von Dialogveranstaltungen eigenständig. Diese Eigenständigkeit gilt es zu respektieren.

IV. Wird das Thema Geflüchtete und Asylsuchende innerhalb der brandenburgischen Städte und Gemeinden diskutiert und wenn ja, welche Handlungsempfehlungen gibt der StGB Bbg. seinen Mitgliedern im Umgang mit Geflüchteten und Asylsuchenden, z. B. bei deren Unterbringung, Eingliederung etc.?

Jens Graf: In den Städten, Gemeinden und Ämtern werden diese Fragen in den Bürgerschaften und Gremien diskutiert. In den Gremien des Städte- und Gemeindebundes werden sie erörtert. Der Städte- und Gemeindebund würde es begrüßen, wenn die Anstrengungen seiner Mitglieder zur Integration auch durch eine Regelfinanzierung des Landes gestützt würden.

V. Herr Graf, bisher ist der Städte- und Gemeindebund Brandenburg den alljährlichen Einladungen zum Round Table Entwicklungspolitik Brandenburg nicht gefolgt. Sie sind seit Februar 2018 im Amt des Geschäftsführers des StGB Brandenburg. Können wir davon ausgehen, dass der Städte- und Gemeindebund beim nächsten Round Table im April 2019 voraussichtlich dabei sein wird?

Jens Graf: Der Städte- und Gemeindebund Brandenburg hat zahlreiche Aufgaben. Schwerpunkte liegen in der Begleitung von Rechtsetzungsverfahren, der Information und der Organisation des Erfahrungsaustausches seiner Mitglieder. Wir werden zu gegebener Zeit entscheiden, ob neben den Kernaufgaben Raum für die Teilnahme an dieser Veranstaltung ist.

Warum Globales Lernen im Rahmenlehrplan 1–10 für Berlin und Brandenburg?

Perspektiven der Bildungsverwaltung

Nadine Düppe



Nadine Düppe
Referentin für Schulentwicklung, Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg

Der Rahmenlehrplan 1–10 für Berlin und Brandenburg ist zum Schuljahr 2017/18 in Kraft getreten. Darin ist das Globale Lernen als fachübergreifende Kompetenzentwicklung im übergreifenden Thema *Nachhaltige Entwicklung / Lernen in globalen Zusammenhängen* curricular verankert. Jede Schülerin und jeder Schüler muss mit dem Thema im Laufe seiner Schulzeit in Berührung gekommen sein. Was sind die Aufgaben und Zielsetzungen dieses übergreifenden Themas konkret? Was bringt das Thema den Lernenden für ihre persönliche Entwicklung? Die Antwort liegt auf der Hand: Die Gestaltung einer zukunftsfähigen, nachhaltigen Entwicklung gehört als Antwort auf die Herausforderungen des globalen Wandels zu den wichtigsten (bildungs-) politischen und gesellschaftlichen Aufgaben des 21. Jahrhunderts. Diese Herausforderungen stellen sogleich die Themenbereiche dieses übergreifenden Themas dar.

Die Kernprobleme des globalen Wandels (z. B. Bevölkerungswachstum und -schrumpfung, Migration, Durchsetzung von guter Regierungsführung, Energieversorgung, Ernährungssicherung, Klimawandel, globale Handelsströme, Ressourcenverknappung) und deren Wechselwirkungen stellen die Lebensgrundlagen vieler Menschen infrage. Gleichzeitig ist eine Welt ohne die vielfältigen Möglichkeiten, die die globalen Vernetzungen

bieten, nicht mehr vorstellbar. Hierzu seien die Stichworte Internet und Social Media als Beispiele für Kommunikation im globalen Kontext genannt.

Mit zunehmender Globalisierung werden globale und lokale Phänomene immer stärker miteinander verknüpft. Heranwachsende sollten sich dementsprechend in einer immer komplexer werdenden Welt zurechtfinden. Angesichts dieser Herausforderungen sollten sie zukunftsorientierte Kompetenzen für ihre eigene persönliche und berufliche Lebenswelt entwickeln sowie Kompetenzen für eine Wahrnehmung gesellschaftlicher und globaler Mitverantwortung. Das übergreifende Thema unterstützt die Entwicklung dieser Kompetenzen.

Die Schülerinnen und Schüler lernen aktiv und verantwortungsbewusst, gemeinsam mit anderen an nachhaltigen und zukunftsfähigen Entwicklungstendenzen lokal und global teilzuhaben und Entscheidungen für die Zukunft zu treffen. Sie erwerben Kompetenzen, die es ihnen auf der Grundlage eines Wertesystems ermöglichen, nachhaltige und nicht nachhaltige Entwicklungstendenzen in einer zunehmend globalisierten Welt zu erkennen, zu analysieren und zu bewerten und zwischen verschiedenen Handlungsoptionen zu wählen. Der Umgang mit Vielfalt

auch im Sinne von unterschiedlichen Sichtweisen wird gefördert, was die Bereitschaft und Fähigkeit zum Perspektivenwechsel erfordert. Die Kontext- bzw. Lebensweltorientierung ist dabei eine weitere didaktische Leitlinie. Dieser Ansatz verbindet das übergreifende Thema mit den didaktischen Konzepten des Fachunterrichts.

Es ist naheliegend und zwingend, Globales Lernen nicht einem einzigen Unterrichtsfach zuzuordnen. Die Themen sprengen Fachgrenzen und ermöglichen problemorientiertes Lernen in komplexen Zusammenhängen. Fachübergreifend, fächerverbindend und in Projekten, im Unterricht eines Faches oder in den Angeboten des Ganztags sind mögliche Organisationsformen. Die Kür ist die Ausrichtung des Schulprofils auf das Globale Lernen.

Wie es gelingen kann, Schulentwicklung und Globales Lernen systematisch zusammenzudenken, strukturell zu verankern und praktisch umzusetzen, zeigt die Handreichung *Auf dem Weg zur Schule des Globalen Lernens. Dokumentation der Erfahrungen aus einem Modellprojekt zur Schulprofilentwicklung*.

Die Publikation beschreibt, wie sich drei Cottbuser Grundschulen auf den Weg gemacht haben, um im Rahmen eines Modellprojekts zur Schulprofilentwicklung ihr Schulprofil auf ein Thema der Globalen Entwicklung auszurichten. Die Erfahrungen sind in dieser Handreichung dokumentiert. Dabei geht es u. a. um folgende Aspekte:

- Warum Globales Lernen? Begründungen aus unterschiedlichen Fachperspektiven
- Globales Lernen in der Brandenburger Schule
- Projektablauf
- Implementierung des Globalen Lernens an den Modellschulen
- Beispiele für Unterrichtsprojekte aus den Modellschulen
- Prozess der Schulentwicklung im Kontext von Globalem Lernen
- Auswertung des Projekts, Fazit und Perspektive



Die Projektbeschreibung und die Publikation finden Sie auf dem Bildungsserver Berlin-Brandenburg unter dem Link <https://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/themen/nachhaltige-entwicklung/modellprojekte-und-programme/umsetzungsprojekt-brandenburg/>

„Demokratie braucht eine starke Zivilgesellschaft“

Positionspapier von VENRO, 2018

Uwe Prüfer

VENRO ist der Dachverband der entwicklungspolitischen und humanitären Nichtregierungsorganisationen (NRO) in Deutschland. Der Verband wurde 1995 gegründet. Ihm gehören inzwischen rund 140 Organisationen an, die aus der privaten und kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit, der Humanitären Hilfe sowie der entwicklungspolitischen Bildungs-, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit kommen. VENROB, das entwicklungspolitische Landesnetzwerk in Brandenburg, ist eines der Gründungsmitglieder.

Das zentrale Ziel von VENRO ist die gerechte Gestaltung der Globalisierung, insbesondere die Überwindung der weltweiten Armut. Der Verband setzt sich für die Verwirklichung der Menschenrechte und die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen ein.

Es ist davon auszugehen, dass 2017 nur zwei Prozent der Weltbevölkerung in uneingeschränkter gesellschaftlicher Freiheit lebten. Und obwohl – beziehungsweise weil – Nichtregierungsorganisationen weltweit Erfolge für die Menschenrechte, den Frieden und den Umweltschutz erzielen, müssen in vielen Ländern Aktivist*innen und Mitarbeitende von zivilgesellschaftlichen Organisationen Bedrohungen und Repressionen erleben.

Deshalb fordert VENRO die Bundesregierung auf, sich weltweit für den Schutz von Zivil-

gesellschaften einzusetzen und hat dazu im September dieses Jahres das Positionspapier „Demokratie braucht eine starke Zivilgesellschaft“ verabschiedet. VENROB teilt die dort zusammengefassten Analysen und unterstützt die erhobenen Forderungen. Mit freundlicher Genehmigung von VENRO werden nachfolgend wichtige Passagen abgedruckt. Das vollständige Positionspapier finden Sie auf der Website des Verbandes: http://venro.org/uploads/tx_igpublikationen/Positionspapier2018_ShinkingSpace_Final_01.pdf

Den Menschen, die sonst wenig Gehör finden oder besonders schutzbedürftig sind, wie etwa Mädchen und Frauen, Kinder, sexuelle Minderheiten oder von Diskriminierung Betroffene, verleihen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen eine Stimme. In politischen Prozessen üben sie wichtige Kontrollfunktionen aus. Weltweit konnten Umwelt-, Arbeits- und Sozialstandards sowie die Menschenrechtssituation in vielen Kontexten durch das Engagement zivilgesellschaftlicher Initiativen verbessert werden. Auch die Agenda 2030 betont, welche besondere Rolle die Zivilgesellschaft spielt, um die UN-Nachhaltigkeitsziele zu erreichen. Oft sind es zivilgesellschaftliche Organisationen, die in Transformationsprozessen, bei zerfallenden Staaten und fragiler Staatlichkeit oder in Konfliktsituationen, die gesellschaftlichen

Strukturen aufrechterhalten, Nothilfe leisten und zur Konflikttransformation und Friedensentwicklung beitragen.

Obwohl sie für die Menschenrechte, den Frieden, für Humanität und Umweltschutz viele Erfolge erzielen, erleben Aktivist*innen und Mitarbeitende zivilgesellschaftlicher Organisationen mit erschreckend zunehmender Tendenz in vielen Ländern Repressionen und eine Einschränkung ihrer Handlungsräume. Einschüchterungsversuche, öffentliche Diskreditierung, Verbote von Aktivitäten, Einschränkungen von Finanzierungsmöglichkeiten, willkürliche Verhaftungen, Gewalt und administrative Schikanen zwingen sie vielfach dazu, ihre Arbeit einzuschränken oder ganz aufzugeben. In sieben von acht Staaten der Erde ergreift die jeweilige Regierung Maßnahmen gegen Journalist*innen, Menschenrechtsverteidiger*innen, politische Aktivist*innen oder gegen Nichtregierungsorganisationen. Die Situation, dass Zivilgesellschaften weltweit zunehmend unter Druck geraten, ist auch eine Folge der seit Jahren steigenden Zahl an Autokratien und einer Krise der Demokratie.

Mit Sorge beobachten wir, dass zivilgesellschaftliche Handlungsräume auch in Europa abnehmen. Eine herabwürdigende Rhetorik gegenüber Frauen, Menschen mit Behinderung, Migrant*innen, politischen Gegner*innen wie auch gegenüber kritischen Medien lässt Vorurteile erstarken, errichtet in den Köpfen der Menschen Mauern und schafft für zivilgesellschaftliche Akteur*innen zunehmend schwierige Arbeitsbedingungen. So diffamieren beispielsweise Schlagwörter wie „Anti-Abschiebe-Industrie“ und „Attacken auf den Rechtsstaat“ das Engagement für Flüchtlinge oder sie greifen das Grundrecht auf Asyl an. In der Praxis werden Folgen bereits sichtbar: Massiv wurde inzwischen die Arbeit der Seenotrettung eingeschränkt und Helfer*innen werden für ihr Engagement, Menschenleben zu retten, juristisch verfolgt. Auch internationale Kooperation und Multilateralismus werden dadurch gefährdet, dass nationale Ideologien wieder erstarken. Denn internationale Organisationen, Mechanismen

zum Schutz von Menschenrechten und die Partizipation der Zivilgesellschaft in internationalen Governance-Strukturen sind gerade populistischen und autoritären Regimen häufig ein Dorn im Auge.

Auch wenn sich inzwischen in der Europäischen Union erste Entwicklungen einer Einschränkung zivilgesellschaftlicher Handlungsräume zeigen, beunruhigt besonders die Situation in den Ländern Asiens, Afrikas, im Mittleren Osten, in Lateinamerika und Osteuropa. Zu den Repressionen dort zählen Schmähekampagnen, Bedrohungen, willkürliche Verhaftungen bis hin zu physischer, sexualisierter und psychischer Gewalt, von der insbesondere Frauenrechtler*innen betroffen sind. Sowohl staatliche als auch nichtstaatliche Akteur*innen, also etwa Milizen oder rechtsnationale Gruppen, sind für die kleiner werdenden Handlungsräume verantwortlich. Zusätzlich verstärken staats- und wirtschaftsnahe Medien Diffamierungen durch gezielte Kampagnen und Aufrufe zu Gewalt. Besonders betroffen von diesen Repressionen sind benachteiligte Gruppen und Aktivist*innen, die sich für deren Rechte einsetzen, sowie Teile der Zivilgesellschaft, die sich kritisch und unabhängig äußern und für mehr Beteiligung, Transparenz und Menschenrechte stark machen.

Häufig werden Gesetze wie Antiterrorismus-, Sicherheits-, Internet- und Mediengesetze, aber auch das Strafrecht missbraucht, um die bürgerlichen und politischen Menschenrechte und somit den Handlungsraum der Zivilgesellschaft zu beschneiden. Zudem ergeben sich Einschränkungen infolge repressiver Gesetzgebung und Regulierungen, die NRO betreffen und etwa den Empfang von Mitteln aus dem Ausland beschränken.

Die Bundesregierung kann zum Schutz und zur Förderung zivilgesellschaftlicher Handlungsräume in anderen Ländern einen wichtigen Beitrag leisten. Ab 2019 wird Deutschland für zwei Jahre einen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen innehaben. Damit will Deutschland „Mehr Verantwortung in der

Welt" übernehmen. Im aktuellen Koalitionsvertrag bekennt sich die amtierende Bundesregierung zu dieser Verantwortung und schreibt, sie werde sich „... entschlossen gegen die zunehmende und gezielte Einschränkung von Zivilgesellschaften wenden, die sich für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Einhaltung der Menschenrechte einsetzen.“

DESHALB FORDERN WIR VON DER BUNDESREGIERUNG:

- Kohärente menschenrechtsorientierte Außenpolitik
- Einsatz für die Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteur*innen
- Zivilgesellschaftliche Handlungsräume in Regierungsverhandlungen zum Thema machen
- Multilateralismus, internationale Menschenrechtsforen und Gerichte stärken

- Menschenrechtliche Sorgfaltspflichten von Unternehmen gesetzlich verankern
- Gefährdete Menschenrechtsverteidiger*innen schützen
- Mehr Austausch mit lokalen zivilgesellschaftlichen Organisationen
- Terrorbekämpfung darf eine Zivilgesellschaft nicht behindern
- Förderstandards und Förderrichtlinien überarbeiten
- Schutz von Akteur*innen im Kontext der humanitären Hilfe
- Einsatz für die Seenotrettung
- Das Engagement der deutschen Zivilgesellschaft stärken

Die Bundesregierung muss mit gutem Beispiel vorangehen und sich mehr als bisher gegen einsetzende Diffamierung zivilgesellschaftlicher Initiativen in Deutschland aussprechen!

Round Table

Seit 2010 ist VENROB e.V. der Partner des Ministeriums für Wirtschaft und Europaangelegenheiten (seit 2014 des Ministeriums der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz) des Landes Brandenburg bei der Durchführung des Round Table Entwicklungspolitik Brandenburg.

Mit der 1. Veranstaltung des Gremiums am 3. Dezember 2010 wurde der Grundstein zu einem kontinuierlichen Austausch zwischen entwicklungspolitischen Stakeholdern und der Landesregierung gelegt.

Die entwicklungspolitischen Leitlinien der Landesregierung sind am 1. Juni 2012 nach Mitarbeit des Round Table veröffentlicht worden und werden von diesem bei den jährlichen Treffen einem Monitoring unterzogen.

Am Round Table Entwicklungspolitik wird der gesellschaftliche Dialog zur weiteren Umsetzung der am 30.5.2012 beschlossenen entwicklungspolitischen Leitlinien der Landesregierung fortgesetzt.

- Zielstellung der jährlichen Treffen ist es,
- ein Monitoring vorzunehmen bzgl. der bisherigen Umsetzung der Leitlinien.
 - die Komplementarität der Leitlinien mit der Nachhaltigkeitsstrategie der Landesregierung zu verstärken unter besonderer Berücksichtigung der entwicklungspolitischen Aspekte.
 - je nach aktueller Situation bestimmte Schwerpunktsetzungen zu diskutieren
 - weitere Koordinierung und Planung vorzunehmen.

Aus der Arbeit des 9. Round Table Ent- wicklungspolitik des Landes Brandenburg am 22. Juni 2018

Kalle-Jonas-Grüttgen, Uwe Prüfer, Heike Möller

Zusammenfassung

Der Round Table Entwicklungspolitik des Landes Brandenburg, bestehend aus Interessensvertretern aus verschiedenen Ministerien, Kommunen, Wirtschaft, Kirche, NGOs im entwicklungspolitischen Kontext sowie Abgeordneten des Landtages fand zum neunten Mal in der Liegenschaft der Landesregierung in Potsdam statt. Zwei Themen beherrschten den Vormittag:

Die prozessuale Fortschreibung der Landesnachhaltigkeitsstrategie wurde von Dr. Martin Pohlmann aus dem Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft (MLUL) des Landes Brandenburg in Top 1 vorgestellt und im Gremium diskutiert.

In Top 2 befasste sich Holger Ehmke vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) mit der entwicklungspolitischen Kommunikation in der neuen Koalition auf Bundesebene. Der durchaus kritische Vortrag hinterfragte die bisherigen Methoden, die Erfolge der Entwicklungspolitik zu kommunizieren. Die Diskussion drehte sich um das Verständnis von Entwicklungspolitik und die Erreichbarkeit in der Öffentlichkeit und wurde bereichert durch die Erfahrungen und konstruktiven Vorschläge der Stakeholder. Wie geht es mit der brandenbur-

gischen Entwicklungspolitik weiter? Mithilfe neuer Medien, Weiterbildungs- und Promotorenprogramme wurden eine Reihe neuer Ansätze diskutiert, das Thema Entwicklungspolitik stärker in die Breite zu tragen.

Den Nachmittag füllten die Stakeholder mit ihren Beiträgen unter dem Aspekt „Monitoring und Audience Participation“. Fazit: Viel Altbekanntes war dabei, aber die Bereitschaft zur Weiterentwicklung der Themen war sehr groß. Jetzt liegt es zunächst an der Steuerungsgruppe des Round Table, die Erkenntnisse konstruktiv aufzubereiten und in die programmatische Umsetzung zu führen.

Inputs und Diskussionen

Die Staatssekretärin für Europa und Verbraucherschutz Anne Quart begrüßt die Anwesenden herzlich, dankt für deren Engagement und verweist auf die Aktualität der Tagesordnung des Round Table Entwicklungspolitik im Hinblick auf Flucht und Migration. Angesichts der drei Wahlen im nächsten Jahr eigne sich diese Institution sehr, entwicklungspolitische Themen in die Breite zu tragen sowie die Nachhaltigkeitsstrategie und die entwicklungspolitischen Leitlinien der Landesregierung erneut zu diskutieren.

TOP I: Fortschrittsbericht der Landesnachhaltigkeitsstrategie

In Vertretung des Nachhaltigkeitsbeauftragten des MLUL Karl-Heinrich von Bothmer berichtet *Dr. Martin Pohlmann, MLUL*, über den Stand des Fortschrittsbericht zur Umsetzung der 223 Maßnahmen der Landesnachhaltigkeitsstrategie und stellt Eckpunkte für die Weiterarbeit vor.

1. Umsetzung: Der Großteil jener Maßnahmen habe begonnen. Nachhaltige Entwicklung müsse als ständiger Prozess begriffen werden.

2. Fortschreibung: Ein Teil der Fortschreibung solle in dieser Legislatur abgeschlossen sein. Wesentlicher Teil der Strategie sei es, die formulierten Ziele zu verdichten und klarer zu machen, um besser auf die Strategie zurückgreifen zu können. Jedes Ressort sei gebeten worden, seine eigenen Ziele zu benennen. Die 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen (SDGs) bildeten dafür einen klaren Rahmen. Für jedes dieser Ziele in Brandenburg sollten maximal drei Unterziele formuliert werden und diesen wiederum insgesamt maximal 50 bis 60 Indikatoren zugeordnet werden, die in ihr jeweiliges Ressort hineinwirken. Einige Ressorts identifizierten sich stärker als andere mit dem Prozess. Eine interministerielle Arbeitsgruppe fungiere als Scharnier und arbeite in die Ressorts hinein.

3. Partizipation: Die diesbezüglichen Diskussionen müssten auf Augenhöhe mit der Zivilgesellschaft geführt werden. Das sei noch nicht umfassend der Fall. Die Bereitstellung von Ressourcen – als eine Frage von Aufwand und Nutzen – stelle ebenso eine Grenze dar wie die breitgefächerten Themen. Nicht alles, was gefordert werde, könne umgesetzt werden. Es werde eine Plattform eingerichtet, auf der unterschiedliche Gruppen, Dienstleister, lokale Agenda-Gruppen, Wirtschaft und Wissenschaft zusammengebracht werden sollen. Mit einem Beschluss der Landesregierung solle die Fortschreibung der Landesnachhaltigkeitsstrategie festgeschrieben werden. Man könne das, was man erreichen will, nur zusammen mit denjenigen erreichen, die etwas anderes wollen. Dieses *reach out* müsse gelebte Strategie in Brandenburg sein.

Die SDGs böten einen guten Rahmen auch für Brandenburg, dessen Ziele entsprechend den SDGs umgebaut und sich an selbigen nun orientieren würden. Es werde sich aber grundsätzlich nicht viel ändern, da die SDGs sehr weit formuliert seien. Die Themen blieben in Brandenburg die gleichen. Ein Dienstleister werde durch das MLUL beauftragt, online und offline die verschiedenen Akteursgruppen auf einer Plattform zusammenzubringen. Dadurch solle die Vernetzung gefördert werden. Der Prozess werde wissenschaftlich begleitet und ein Bericht mit Evaluation vorgelegt.



Marco Büchel, MdL (DIE LINKE), fragt, wie es mit der Einbeziehung der kommunalen Ebene aussehe und ob der Nachhaltigkeitsbeirat auf Landesebene wieder etabliert werde.

Antwort *Martin Pohlmann*: Gerade kleine Kommunen hätten häufig keinen Nachhaltigkeitsbeauftragten. Daher sei es nicht leicht, mit ihnen ins Gespräch zu kommen. Die Leitung des MLUL habe damals bekanntlich die Entscheidung getroffen, dass es in der laufenden Legislatur keinen Beirat mehr geben wird. Der Landesnachhaltigkeitsbeirat der vorigen Legislatur sei sehr hilfreich gewesen. Durch ihn sei man an viele Ideen, Konzepte und Dokumente gekommen, aus denen die Strategie gestrickt wurde. Es spreche viel für eine Wiedereinführung. Ob es allerdings gelinge, ganz neue Kreise zu integrieren, sei offen. Er verspreche sich viel von der neuen Plattform, die jetzt aufgebaut werden soll. Da könnten neben den bisherigen Etablierten auch andere Stimmen zu Wort kommen.

Da die Einladung zur Gründungsveranstaltung jener geplanten Austausch-Plattform nicht alle der Anwesenden erreicht habe, müsse nun schnell geprüft werden, ob die Kapazität der Veranstaltung erweitert werden könne. Sie habe Workshop-Charakter. In Fachgesprächen mit 50–60 Teilnehmer*innen solle diskutiert werden, wie die Ziele mit bestimmten Indikatoren unteretzt werden können. Das führe hoffentlich zu einer Fokussierung und Schärfung für das Papier. Bis Ende Dezember solle die Diskussion um Ziel und Indikatoren andauern.

Anne Quart fragt, wie man es schaffe, dafür die verschiedenen Ressorts der Landesregierung stärker einzubinden. Die interministerielle Arbeitsgruppe „Verbraucherschutz – nachhaltiger Konsum“ habe einen prominenten Platz bekommen, es gebe dort eine konstruktive Zusammenarbeit. Es sollte dringend darüber nachgedacht werden, über welche weiteren Wege sich die verschiedenen Prozesse der Nachhaltigkeitsstrategie beschleunigen und die allgemeine Sensibilisierung befördern lassen.

Martin Pohlmann betont die Wichtigkeit der „Dreifaltigkeit“ aus Sozialem, Wirtschaft und

Umwelt. Ein Nachhaltigkeitsansatz, der sich lediglich auf die Umwelt beziehe, sei nicht haltbar. Der getrennte Kosmos müsse überwunden und Umwelt und Soziales beim Thema Nachhaltigkeit zusammengebracht werden – und das am besten im Rahmen jener Plattform. Den Dschungel an Initiativen unter dem Signum der Nachhaltigkeit zu vereinen stelle eine gigantische Aufgabe dar.

Michael Steinland, Entwicklungspolitischer Koordinator der Stadtverwaltung Beelitz, stellt fest, dass die Diskussion darüber bisher sehr theoretisch sei. Die Kommunen bräuchten konkrete Anhaltspunkte, um ihren Bürgern den Nutzen zu erläutern. Auch werde die unterschiedliche Sicht der Kommunen auf Nachhaltigkeit deutlich.

Mit den Kommunen habe man potenziell starke Partner, so *Martin Pohlmann*. Es hätten sich gute Vorbilder herausgebildet, für kleine Kommunen sei es aber häufig nicht so einfach. Es gebe verschiedene Formate, z.B. die Idee des Bürgermeisterdialogs. Man wolle den Austausch auf Landesebene stärken.

Detlev Groß nennt hier die Baruther Schlossgespräche als ein Format der Willigen.

Frage an Marco Büchel: Haben Themen der nachhaltigen Entwicklung einen Stellenwert bei den Abgeordneten und werden z.B. Sie in Ihrem Wahlkreis dazu angesprochen?

Marco Büchel konstatiert, dass nicht bei allen 88 Abgeordneten des Landes Brandenburg das Bewusstsein für Nachhaltigkeit gleichermaßen ausgeprägt sei. Bei den LINKEN sei es allerdings immer ein Thema. *Barbara Richstein, Entwicklungspolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion*, gibt zu bedenken, dass ein allgemeines Bewusstsein für Nachhaltigkeit noch nicht existiere. Während es im Ausschuss für Europaangelegenheiten, Entwicklungspolitik und Verbraucherschutz des Landtages schon eine etwas breitere Sichtweise gebe, werde es noch nicht ausreichend in die kommunale Ebene kommuniziert – z.B. bei der Vergabe von Aufträgen. Das sei anders

als im Landtag. Die Kernaufgaben der Verwaltung seien hier weich formuliert. Man sollte auch als Privatperson überlegen, wie nachhaltig man selbst handle.

TOP 2: Kommunikation zur Entwicklungspolitik in der neuen Koalition auf Bundesebene

Holger Ehmke vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit liefert einen kritischen Situationsbericht zum Stand der entwicklungspolitischen Kommunikation aus Sicht des BMZ:

1. In einigen Punkten liege die entwicklungspolitische Kommunikation im Argen. Und sie sei nicht widerspruchsfrei. So gebe es Studien, die nicht veröffentlicht wurden. Das Feld der Kommunikation sei zu stark auf Einschätzungen begründet, die mitunter subjektiv und sehr moralisch seien. Man sei begeistert, wenn eine große Tageszeitung eine Beilage zur Entwicklungspolitik mache und das BMZ schalte eine teure Anzeige – es lese sie aber kein Mensch.

Zudem würden sich durch die Netzkultur Ästhetik und Ansprüche an die Kommunikation ändern. Ein schlecht geschalteter Videoclip sorge in der Netz-Community nur für Häme, aktuell vergleichbar mit der Brandenburg-Werbung „Es kann so einfach sein“. Die Kenntnis in der Bevölkerung zum Thema Entwicklungspolitik sei nach wie vor sehr gering, hingegen in der „Community“ sehr groß. Es gebe auch zu wenig Kommunikation in den anderen Ministerien dazu. Dabei sei der gute Wille vorhan-

den, das Potenzial da. Trotz hochqualifizierter interner Kommunikation werde der Großteil der Menschen nach wie vor nicht erreicht.

2. Aus der Geschichte der entwicklungspolitischen Kommunikation ließen sich zwei Lehren ziehen: Einerseits eine zu starke Fokussierung auf Öffentlichkeits- und Medienarbeit. Dabei habe sich gezeigt, dass die Veröffentlichung von Pressemitteilungen kaum einen Effekt und eine geringe Reichweite habe. Zumal die Öffentlichkeit nur das erreiche, was Ressortchef oder Redaktionsleitung durchließen – und nicht das, was im Ministerium beschlossen werde. Hier sei ein Umdenken erforderlich. Dann lieber beim direkten Gespräch am Marktstand kleine Globen verteilen. Die zweite Lehre sei, dass der Bereich Bildungsarbeit vernachlässigt wurde. Gleichzeitig sei dieser aber bisher sehr hilfreich gewesen und habe das Thema weitergebracht.

3. Es gebe Stimmen, die behaupten, es würde in Deutschland keine entwicklungspolitische Kommunikation geben, weil es keine Entwicklungspolitik geben würde. Es würde zwar viel getan in der technischen und finanziellen Zusammenarbeit, aber sei das politisch? Das Verständnis vieler von Entwicklungszusammenarbeit sei veraltet und diffus, vor allem die Vorstellung, es handele sich um Entwicklungshilfe, die größtenteils von den Kirchen geleistet werde oder neuerdings zur Fluchtursachenbekämpfung. Die Haltung in der Bevölkerung zu Entwicklungszusammenarbeit sei zwar durchaus positiv, entwickle kommunikativ gesehen aber nicht den Sog, auf den alles zulaufe.



Wie also sollte eine andere Kommunikation aussehen? Noch mehr Fachbegriffe oder gute Taten aufzählen? Es werde ein gutes Narrativ darüber benötigt, was vom BMZ wirklich gemacht wird. Bezüglich der Fluchtursachen gebe es derzeit eine größere Öffentlichkeit – nur komme in der Bevölkerung nicht an, dass sieben der Regionen, aus denen die Flüchtlinge kommen, Kriegsregionen sind. Mit diesen habe das BMZ wenig zu tun, sondern primär das Auswärtige Amt. Es gebe eine Reihe von Schranken und Hindernissen bei der Kommunikation und bisher noch keine gute Idee für einen Masterplan.

Marianne Ballé Moudoumbou von der Gruppe PAWLO bemerkt hierzu, dass die Darstellung der Entwicklungszusammenarbeit immer noch fehlerhaft sei, da ein Bild vom reichen Norden als Geber und des armen Südens als Empfänger gezeichnet und weniger die Zusammenarbeit unterstrichen werde. Außerdem müssten die Akteure stärker in den Fokus genommen werden. Der Gegensatz zwischen Fachkreisen und Bevölkerung sei nicht so stark ausgeprägt, wie häufig angenommen werde, denn auch unter Experten herrsche zum Teil wenig Wissen über die Kolonialzeit und deren Auswirkungen bis heute. Die Aufarbeitung des Kolonialismus sei wichtig, es gebe hierzu viele sehr kritische und interessierte Fragen.

Völkermord und Kolonialismus müssten verstärkt in den Schulen behandelt werden, findet *Holger Ehmke*, um mehr Bewusstsein zu schaffen und der Thematik innerhalb der

deutschen Geschichte ihre entsprechende Rolle zukommen zu lassen. Dafür fehle es bisher an Ressourcen.

Abdou Rahime Diallo vom VENROB e.V. und NeMIB e.V. hält die SDGs für bemerkenswert dahingehend, dass sie auch den globalen Norden als Entwicklungsregion benennen und verstehen. Im globalen Süden herrsche ein großer Glaubwürdigkeitsverlust bezüglich der Entwicklungspolitik. Die paternalistische, koloniale Haltung habe sich nicht verändert und die Idee eines Marshallplans für Afrika sei eine Ohrfeige für die Akteure, weil sie kontraproduktiv sei.

Dr. Patrick Schnabel, der Beauftragte für den kirchlichen Entwicklungsdienst in der EKBO, kritisiert, dass zwar Kommunikation auf Augenhöhe versprochen werde, die Prioritäten jedoch da lägen, wo das Geld herkomme. Es fehle offenbar auf Kabinettssebene die gemeinsame Vorstellung, wie gute entwicklungspolitische Kommunikation ablaufen habe. *Von Birgit Mitawi vom Verein für Demokratie und Integration Brandenburg e.V.* kommt der Einwand, dass es durchaus möglich sei, Fortschritte bei der entwicklungspolitischen Kommunikation auch im globalen Süden zu zeigen. Solche Bilder seien lebensnah und verständlicher für die Adressat*innen. Diskriminierungssensible Sprache und Kolonialismus als Thema in den Schulen seien langwierige Prozesse. NGOs und Promotor*innen wollten mehr tun als beraten. Mit den zugewiesenen Ressourcen kämen sie allerdings nicht weiter.



Wiebke Deeken, Fairhandelsberaterin in Brandenburg, fordert, Entwicklungspolitik nicht besser verkaufen zu wollen, sondern sie erlebbar zu machen. Unter dem Dach der Nachhaltigkeit könne vieles eingebunden werden, was früher ausschließlich unter den Begriffen Entwicklungshilfe oder Entwicklungspolitik gelaufen sei. Damit komme man dann – wie bei der Migration auch – besser auf die kommunale Ebene.

Holger Ehmke fasst zusammen. Zur Bildungspolitik: Komplexität zu reduzieren sei nur bedingt möglich. Ausgangsbasis sei die Grundbildung. Daher sei es wichtig, bei Kindern und Schülern anzusetzen und dort mehr zu investieren. Dann ändere sich auch bei den Erwachsenen etwas. Ohne Bildungsplattform – und hier seien die Länder zuständig – werde es schwierig. Für die inhaltliche Gestaltung der Curricula müsse ein Prozess in Gang gesetzt werden, sonst säßen in spätestens 20 Jahren ganz andere Leute daran.

Zur Entwicklungspolitik: Die Akteure der Entwicklungspolitik müssten sich anders einfindeln. Nicht nur ins Auswärtige Amt, sondern vor allem in die Außenwirtschaftsabteilung des Wirtschaftsministeriums gehöre das Thema. Bestimmte Ressorts müssten zudem strukturell besser zusammenarbeiten.

Zur Kommunikation: Eine simple Weiterführung der bisherigen Pressearbeit würde genau dahinführen, wo wir im Grunde genommen jetzt schon stehen.

TOP 3: Brandenburgische Entwicklungspolitik

Uwe Prüfer von VENROB e.V. beschreibt die Arbeit des Round Table Entwicklungspolitik Brandenburg, der sich 2019 zum zehnten Mal treffen werde. Der Round Table verstehe sich als Gremium mit Multi-Stakeholder-Ansatz, das die Prozesse im Rahmen der brandenburgischen staatlichen und nichtstaatlichen Entwicklungspolitik begleite. Seit seiner Gründung 2010 auf der Basis der damaligen Koalitionsvereinbarung habe er insbesondere bei der Erstellung der Entwicklungspolitischen Leitlinien der Landesregierung und nach deren Verabschiedung beim Monitoring wichtige Funktionen ausgeübt.

Seit zwei Jahren werde der Round Table von einer aus sich heraus gebildeten Steuerungsgruppe koordiniert. Diese schlage vor, auf Grundlage der in den vergangenen Jahren gemachten Erfahrungen zum nächsten Round Table 2019 – dem absehbar letzten Treffen in der aktuellen Legislaturperiode – ein Strategiepapier zu erarbeiten. Darin enthalten sein sollten die Erfahrungen der Stakeholder mit den Leitlinien, die Einschätzungen der bisherigen Arbeit sowie die Erwartungen im Hinblick auf die nächste Legislaturperiode. Auch zur Fortsetzung des Round Table würden klare Positionen und Erwartungen formuliert werden.

Heute seien dafür bereits einige Ansatzpunkte und auch Defizite angeklungen, die z. B. eine stärkere und mit neuen Akzenten versehene Kommunikation erforderten.



Weitere erste Gedanken lägen vor: Neue Ansätze, neue Medien und eine geschulte, d. h. zur Weiterbildung angehaltene, Verwaltung sollten das Generieren neuer Akteure ermöglichen, sie in den Prozess einbinden und diesen intensivieren. Eine Fortsetzung des Entwicklungspolitischen Promotor*Innenprogramms über 2020 hinaus würde Kompetenzen stärker in die Fläche bringen und helfen, auch ländliche Bevölkerungsgruppen noch besser einzubeziehen.

Die SDGs müssten stärker und mit dem regionalen Fokus auf Brandenburg verbreitet werden. Für die Organisation dieses Prozesses schlage die Steuerungsgruppe folgenden Ablauf vor: Mit dem hiermit angefragten Mandat des Round Table würde die Steuerungsgruppe bis Herbst 2018 einen ersten Entwurf für das Papier erarbeiten und den Stakeholdern vorstellen. Im Frühjahr 2019 könnte dies eines der Hauptthemen einer Art Entwicklungspolitischer Landeskonferenz sein, zu deren Ausrichtung sich VENROB bereit erkläre. Beim 10. Round Table solle die endgültige Fassung des Papiers vorgestellt und in angemessener Weise verabschiedet werden – pünktlich zur neuen Legislaturperiode.

Detlev Groß gibt den Hinweis, dass am Round Table ausschließlich ein Papier der NGOs verabschiedet werden könne, denn es müsse durch die Zivilgesellschaft getragen werden. Es gehe darum, eine Art Geschäftsordnung für den gemeinsamen Umgang mit entwicklungspolitischen Leitplanken zu finden.

Barbara Richstein schlägt vor, den Zeitplan dafür vorzuziehen, um das Bewusstsein früh zu schärfen. Im Frühjahr sei bereits die Wahl zum Europäischen Parlament und eine Übergabe des Papiers erst bei der Vereidigung der neuen Landesregierung wäre auch zu spät, da der Koalitionsvertrag schon vorher feststehe. Im Nachhinein zu versuchen, Einfluss zu üben, gestalte sich sehr schwierig.

Marco Büchel fordert dazu auf, die 2019 bevorstehenden Wahlen als Chance zu begreifen, entwicklungspolitische Themen zu kommunizieren, auch außerhalb von Wahlkämpfen.

Der oben skizzierte Auftrag an die Steuerungsgruppe wird mit allgemeiner Zustimmung angenommen. Der Vormittag und somit die erste Runde ist abgeschlossen.

TOP 4: Monitoring und Audience Participation

Nadine Dümpe vom LISUM macht den Aufschlag mit der Bildungspolitik und ihrem hohen Stellenwert für die Nachhaltigkeit. Schulen bräuchten mehr Raum, um entwicklungspolitische Themen setzen zu können. Allgemein seien die Schulen in Brandenburg aber gut aufgestellt. Entwicklungspolitik werde in der Wahrnehmung der Schüler geschärft und keiner komme mehr an dem Thema vorbei. Der neue Rahmenlehrplan Brandenburgs sehe Folgendes vor:

1. Schulen sollen stärker unterstützt und Themen praxistauglicher gemacht werden.



2. Es gebe zwölf übergreifende Themen, die u.a. Globale Entwicklung mit aufnehmen.

3. Das Thema Lernen in globalen Zusammenhängen sei auch extra gefasst.

4. Es soll Qualifizierungsveranstaltungen für Lehrkräfte geben.

5. Außerschulische Angebote zum Thema Entwicklungspolitik sollen von den Schulen wahrgenommen werden und dabei an den Lehrplan anknüpfen.

Das Projekt in der Modellregion Cottbus, an dem drei Grundschulen, unterstützt von Carpus e.V., auch über den Unterricht hinaus zum Thema Globales Lernen teilnahmen, sei zu Ende. Hieraus sei eine Dokumentation entstanden, die den Prozess, die Stolpersteine und Erfolge nachzeichne. Ein Anschlussprojekt gebe es aber noch nicht.

Michael Preuß vom MBSJ berichtet, dass das Programm Jugend für Entwicklungszusammenarbeit (JfEZ) nach einer zwischenzeitlich leicht rückläufigen Nachfrage nach Zuschüssen für die internationalen Reisekosten das bislang höchste Budget habe. Mit der Stiftung Nord-Süd-Brücken, VENROB e.V. und der Außenstelle von Engagement Global habe das MBSJ verlässliche Partner an der Seite. Mit dem neuen Jugendforum Zukunftsfähigkeit

Brandenburg bei VENROB gebe es für junge Menschen seit Mitte 2017 die Möglichkeit, eigene Aktivitäten umzusetzen und an der Landesnachhaltigkeitsstrategie mitzuarbeiten.

Thomas Grimm vom MWFK gibt einen Überblick über die Bemühungen des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur zum Thema:

1. Es würden zurzeit neue Zielvereinbarungen des Ministeriums mit den Hochschulen ausgehandelt. Nachhaltigkeit und Entwicklungszusammenarbeit sollten eine wichtige Rolle spielen und als Querschnittsthemen bei Lehrveranstaltungen und Weiterbildungsmaßnahmen dienen. Das Ergebnis der Haushaltsverhandlungen bisher sei, dass hierfür kein neues Geld zur Verfügung gestellt werde.

2. Brandenburg habe für das Projekt „Neue Formate der technischen Zusammenarbeit“ der Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde den Zuschlag bekommen. Bei dem Projekt mit einem Budget von knapp 140.000 Euro (40 Prozent Bund, 60 Prozent Länder, Brandenburg ist mit 15.000 Euro dabei) gehe es um die Entwicklung eines nachhaltigen Tourismus in Malawi. Hierzu sollten in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für nachhaltigen Tourismus (ZenaT) Expert*innen in Malawi eingesetzt werden und auch im Herbst nach Deutschland kommen. Es gehe nicht nur um die Erarbeitung



einer Strategie, sondern um konkrete Arbeitsfelder wie Energieversorgung, Schulung vor Ort und die Vernetzung der Akteure in Malawi.

Kathrin Weiß aus der Staatskanzlei des Landes Brandenburg berichtet, dass es mehrere Beschlüsse des Landtages zum Thema humanitäre Hilfe für Jesiden gegeben habe. So wurde ein Aufnahmeprogramm für besonders schutzbedürftige Personen beschlossen, insbesondere jesidische Frauen, die Opfer des Islamischen Staates wurden und keine Zukunft im Irak haben. Die Prüfung des Aufnahmeprogramms habe viel Zeit in Anspruch genommen. Die Landesregierung habe sich für Hilfe vor Ort entschieden. So seien im aktuellen Haushalt 500.000 Euro für Projekte im Irak vorgesehen. Zwei Projekte würden vom Land gefördert: Wadi e.V. und Mission East. Ersteres errichte ein Shelter für Frauen, das zweite unterhalte ein Community Centre für Jesiden, die zurückkehren möchten. Beide sehr kompetente Projektpartner seien vor Ort besucht worden. Das Programm laufe in Zusammenarbeit mit dem UNHCR. Ein Entwurf liege bereits beim BMZ.

Detlev Groß fasst die Aktivitäten des MdJV zusammen:

1. Vor zwei Jahren seien zusammen mit der Europäischen Kommission, Brandenburger Kommunen und weiteren Partnern mehrere dezentrale Bürgerdialoge veranstaltet worden. Dies solle weitergeführt werden. Weitere acht Dialoge zu diversen Themen wie Flucht und Digitalisierung seien im Herbst 2018 geplant.

2. Anfang Juni fand zusammen mit der Evangelischen Akademie Berlin-Brandenburg, VENROB e.V. und anderen die Fachtagung „Neustart in der entwicklungspolitischen Kommunikation“ statt. Die Tagung sei mit rund 70 Teilnehmenden gut besucht gewesen. Die entwicklungspolitische Kommunikation habe die Diskussion darüber befördert, wie die deutsche Gesellschaft für die Internationalisierung bereit gemacht werden könne. Denn nach wie vor sei man sehr im Nischendenken verhaftet, nicht selbstkritisch genug und arbeite nicht gesellschaftspolitisch genug. Insofern sei die

Fachtagung als Aufschlag zu verstehen und Kontinuität müsste eingeführt werden.

3. Mit einem Budget von 130.000 Euro seitens des Landes seien für das bundesweit agierende entwicklungspolitische Promotor*innenprogramm sieben Teilzeinstellen in Brandenburg geschaffen worden. Zusammen mit drei Kolleg*innen, die in Brandenburg von der evangelischen Kirche und ebenfalls dem BMZ finanziert werden, sei es die Aufgabe solcher Promotor*innen, einen professionellen Beitrag zu leisten, dass sich die deutsche Gesellschaft in Richtung globaler Nachhaltigkeit verändere.

Christina Katzer von jusev e.V. („Globales Lernen an Oder und Spree“) kritisiert die generelle Unterfinanzierung der NGOs trotz der guten Arbeit des Promotor*innenprojektes. *Uwe Prüfer* verweist auf die Haushaltsberatungen im Landtag und fordert Marco Büchel als Vorsitzenden des Ausschusses für Europaangelegenheiten, Entwicklungspolitik und Verbraucherschutz auf, das Thema Unterfinanzierung in den Landtag zu tragen.

Bert Wibel, EZ-Scout des BMZ bei der IHK Potsdam, stellt fest, dass der Internationalisierungsgrad der klein- und mittelständigen Unternehmen in Brandenburg noch niedrig sei. Um die Privatwirtschaft an das Thema Nachhaltigkeit heranzuführen, müsse in neuen Allianzen gedacht und die Sensibilisierung der wirtschaftlichen Akteure gestärkt werden. Bei manchen Branchen gebe es höheres Interesse und mehr Bedarf als bei anderen.

Birgit Mitawi berichtet, dass anlässlich des 15-jährigen Bestehens der BREBIT im Oktober der Fachtag „Alles für uns?“ zum Thema Rohstoffverbrauch auf Kosten der Armen der Welt im LISUM abgehalten werde. Die Bildungsministerin sei als Schirmherrin angefragt. Wichtig beim Thema Nachhaltigkeit im Bildungssystem seien die Fächerbezüge. Der neue Rahmenlehrplan sehe für jedes Fach unterschiedliche Kompetenzen vor. Deshalb seien im diesjährigen BREBIT-Katalog die 73 Angebote mit dem Lehrplan verknüpft.

Joachim Kobold und Sabine Schepp von Engagement Global weisen darauf hin, dass sie ebenfalls viele Bildungsveranstaltungen in Brandenburg organisierten und gern mit einem Lehrer*innen-Fortbildungsprogramm einsteigen würden.

Uwe Prüfer stellt für Brandenburg eine sehr gute Kommunikation zwischen den Akteuren der Bildungsbereiche Globales Lernen und Bildung für Nachhaltige Entwicklung fest, die konzeptionell ohnehin eng verflochten seien.

Patrick Schnabel bemerkt, dass Kirche keine eigene Bildungsarbeit leiste, sondern eine eher koordinierende Funktion inne habe. Was die Aktion „Faire Gemeinde“ angeht, gebe es bisher lediglich vier in Brandenburg zertifizierte Gemeinden. Das Ergebnis sei eher ernüchternd, gebe es doch in anderen Bundesländern gleich in der ersten Bewerbungsrunde 30 Interessenten mit höheren Ansprüchen. Auf der Landesebene in Berlin sei es ebenfalls schwierig gewesen, sowohl überkonfessionell als auch interreligiös.

Abdou Rahime Diallo berichtet über die Arbeit des Migrant*innennetzwerkes NeMiB, die zwar eine Erfolgsgeschichte sei, dennoch herrsche auch Ernüchterung. In Brandenburg als Flächenland sei es oft schwierig, alle einzubeziehen, wie z.B. Geflüchtete und Migranten, die für entwicklungspolitische Themen häufig weniger offen seien. Die größten Migrant*innenorganisationen seien vietnamesische und russische, die aber bisher nicht bereit seien, sich mit der Thematik auseinanderzusetzen. Ein Antrag für ein Vorhaben, neu angekommene Menschen in bildungspolitische und entwicklungspolitische Arbeit zu bringen, sei gestellt worden.

Das bundesweite Promotor*innenprogramm mit zurzeit ca. 130 Kolleg*innen, so *Uwe Prüfer*, sei eine Erfolgsgeschichte – auch in Brandenburg – und erfahre viel Wertschätzung auch in der Politik. VENROB werde darüber demnächst im Landtag berichten. Man könne sich in Brandenburg für 2019 auf einen finanziellen Zuwachs der Landesmittel freuen. Es

habe vor Kurzem eine Evaluierung gegeben, die am 13. Juni im BMZ vorgestellt worden sei. Da die Evaluierung positiv ausgefallen sei, habe sich auch BMZ-Staatssekretär Norbert Barthle positiv zur weiteren Finanzierung aus Bundesmitteln geäußert, die für Brandenburg 60 Prozent der Kosten decke.

Die Erreichung der diversen Zielgruppen des Programms müsse in Brandenburg noch weiter ausgebaut werden. Es gelte, den langfristigen Ansatz des Programms zu sichern, um seine Kontinuität zu gewährleisten und den Verlust von Wirkungen zu minimieren. Ein kritischer Punkt der Evaluierung beziehe sich auf die flächenmäßige Verteilung der Promotor*innen, vor allem in ländlichen Räumen. Hier sollte zwar mehr nach Bedarf gegangen werden, was sich aber schwierig gestalten werde, da der Bedarf viel größer sei als das, was momentan geleistet werden könne. Das BMZ und die Länder würden sich demnächst zu weiteren Beratungen über die Finanzierung treffen.

Im Hinblick auf eine langfristig ausreichende Finanzierung des Programms denke *Detlev Groß* darüber nach, ob das Verhältnis zwischen Bund und Ländern nicht wie aktuell 60/40 zu gestalten sei, sondern z.B. 80/20. Allerdings sei momentan die entsprechende Verpflichtungsermächtigung im Doppelhaushalt Brandenburg festgelegt.

Aufgrund der Anregung, den nächsten Round Table schon im Frühjahr 2019 – vermutlich noch vor Ostern – und nicht wie bisher vor der Sommerpause abzuhalten, werde sich die Steuerungsgruppe um zügige Terminklärung bemühen – unter Berücksichtigung der Termine des Landtages.

Die beiden Moderatoren, *Detlev Groß* und *Uwe Prüfer*, bedanken sich abschließend für die erneut sehr angeregte und konstruktive Debatte und beenden um 15:00 Uhr die Veranstaltung.

Welt Trends

Das außenpolitische Journal



Globale Entwicklungen und Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, Machtverschiebungen in den internationalen Beziehungen, Klimapolitik und Abrüstung: *WeltTrends* analysiert und diskutiert internationale Politik – unabhängig, kritisch, monatlich.

ISSN 0944-8101 | 4,80 Euro | 72 Seiten

Welt  Trends
Potsdamer Wissenschaftsverlag

verlag@welttrends.de
shop.welttrends.de
www.welttrends.de



Verbund Entwicklungspolitischer
Nichtregierungsorganisationen
Brandenburgs e.V.

VENROB e.V. wurde am 9. September 1995 in Potsdam als entwicklungspolitische Arbeitsplattform für Vereine, Gruppen, Initiativen, Eine-Welt-Läden u.ä. Nichtregierungsorganisationen im Land Brandenburg gegründet. Der gemeinnützige Verein versteht sich als parteipolitisch und konfessionell ungebundenes Landesnetzwerk. Mitglieder können alle im Land Brandenburg ansässigen Interessenten werden, die sich mit Nord-Süd-Themen beschäftigen.

Unsere wichtigsten Arbeitsfelder

Förderung von Kontakten und Zusammenarbeit zu entwicklungspolitischen Themen, insbesondere im Bereich Globales Lernen.

Aufbau und Erweiterung von entwicklungspolitischen Kompetenzen.

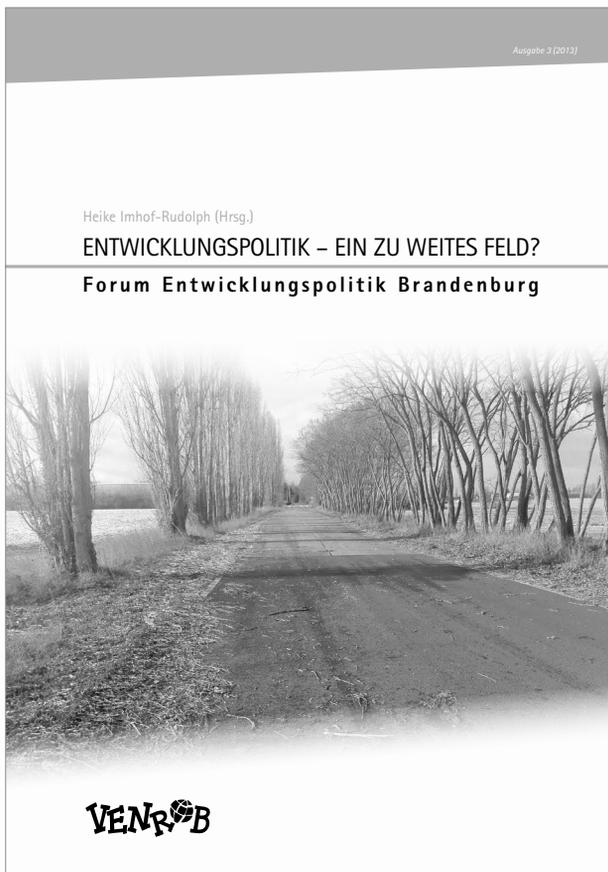
Lobbyarbeit, Interessenvertretung für Themen und Akteure auf Landesebene.

Unterstützung von Nachhaltigkeitsprozessen und kommunaler Entwicklungspolitik.

Derzeitige Mitglieder

Aktionsladen Eine Welt bei der Französisch Reformierten Gemeinde Potsdam | Bantadores – Kindheit in Würde – Dignity in Childhood e.V. | Berlin-Brandenburgische Auslandsgesellschaft (BBAG) e.V. | Cagintua e.V. – Campaign for Government of International Unity in Africa | Carpus e.V. | Collective Leadership Institute e.V. | Demokratie und Integration Brandenburg e.V., Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Demokratie und Integration | Diakonisches Werk Teltow-Fläming e.V. | Echo Kamerun e.V. | Eine-Welt-Projekt des Evangelischen Kirchenkreises Fürstenwalde-Strausberg | Eine-Welt-Laden-Cottbus e.V. | ESTAruppin e.V. | Fliegende Agenda 21 | Gesellschaft für Solidarische Entwicklungszusammenarbeit e.V. (GSE) | HIV-Projekt Belize e.V. | Hochvier – Gesellschaft für politische und interkulturelle Bildung e.V. | Internationales Institut für Journalistik Berlin-Brandenburg e.V. (IJJB) | Jugendhilfe und Sozialarbeit e.V. Fürstenwalde/Spree (JuSeV) | Kirchlicher Entwicklungsdienst der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg Schlesische Oberlausitz | Lateinamerika-Arbeitskreis tierra unida e.V. | Löwenherz e.V. | Oikocredit Förderkreis Nordost e.V. | Orientierungszentrum für Migrant_innen und Flüchtlinge (OMF) e.V. | Pan-African Women's Empowerment and Liberation Organization (PAWLO-Germany) | publicata e.V. – Verein zur Förderung von Öffentlichkeit für Ausländerintegration und Entwicklungszusammenarbeit | PUERTO ALEGRE e.V. | SOLAFRICAN e.V. | SOLIDARIO – Eine Welt Projekt in der Kirchengemeinde Babelsberg | Stadt-Land.Move e.V. | Stiftung für Engagement und Bildung e.V. | Twende Pamoja e.V. | WeltTrends e.V.

Forum Entwicklungspolitik Brandenburg



Seit 2012 erscheint die Reihe *Forum Entwicklungspolitik Brandenburg* bei WeltTrends. Sie widmet sich den Fragen und Problemen der Einen Welt. In ihr werden anspruchsvolle, themenbezogene Beiträge mit politischer und wissenschaftlicher Diskussion sowie dem Praktiker-austausch verknüpft. Aktuelle entwicklungspolitische Themen (auch mit Blick auf Brandenburg) werden aufgegriffen, um zu dokumentieren, was sich beidseitig der – mehr oder weniger scharfen – Trennlinie von entwicklungspolitischer Theorie und Praxis tut.

Das *Forum Entwicklungspolitik Brandenburg* wird herausgegeben vom VENROB e.V., dem entwicklungspolitischen Landesnetzwerk in Brandenburg. Die kostenlosen Broschüren können Sie auf der Website von VENROB bestellen.

Bisher erschienen

- | | |
|---|--|
| <p>Forum Entwicklungspolitik Brandenburg 7 (2017)
Agenda 2030 in Brandenburg
ISBN 978-3-945878-72-9 36 Seiten</p> <p>Forum Entwicklungspolitik Brandenburg 6 (2016)
Entwicklungsland Brandenburg?
ISBN 978-3-945878-34-7 40 Seiten</p> <p>Forum Entwicklungspolitik Brandenburg 5 (2015)
Globales Lernen Lebenslang!
Nachhaltiges Lernen in Brandenburg aktuell
ISBN 978-3-945878-05-7 43 Seiten</p> | <p>Forum Entwicklungspolitik Brandenburg 4 (2014)
Brandenburg goes global
Zum Europäischen Jahr der Entwicklung 2015
ISBN 978-3-941880-96-2 41 Seiten</p> <p>Forum Entwicklungspolitik Brandenburg 3 (2013)
Entwicklungspolitik – Ein zu weites Feld?
ISBN 978-3-941880-79-5 38 Seiten</p> <p>Forum Entwicklungspolitik Brandenburg 2 (2012)
made in Brandenburg
Die entwicklungspolitischen Leitlinien der Landesregierung
ISBN 978-3-941880-53-5 47 Seiten</p> <p>Forum Entwicklungspolitik Brandenburg 1 (2012)
Ernährung im 21. Jahrhundert
ISBN 978-3-941880-43-6 29 Seiten</p> |
|---|--|

Gesellschaftliche Teilhabe ist weder selbsterklärend noch selbstverständlich. Zahlreiche Untersuchungen bestätigen die zunehmende Spaltung unserer Gesellschaft in Arm und Reich auf Kosten der Mittelschicht. Zugehörigkeit definiert sich über unsere frühkindliche Prägung. Deshalb sind Bildung und ethisch-moralische Grundkenntnissen das Fundament unserer Gesellschaft. Deshalb ist es so wichtig, den Blick zu weiten, über den heimischen Tellerrand hinauszudenken und das Gemeinsame und Verbindende zu suchen, anstatt das Fremde und Trennende zu finden und zu betonen. Das Aufeinander-Zugehen auf der Suche nach dem Dialog und dem verbindenden Gemeinsamen ist das Gebot der Stunde und genau hier setzt das Forum Entwicklungspolitik Brandenburg an.

Dreh- und Angelpunkt sind auch in dieser Ausgabe wieder die Ergebnisse des seit neun Jahren jährlich stattfindenden Round Table Entwicklungspolitik Brandenburg. In seiner Entwicklung betrachtet, ist hier ein gutes Stück Arbeit geschafft worden. Der Round Table hat sich als Arbeitsgremium für seine Interessensgruppen bewährt: Promotor*innenprogramme wurden welt- und kirchlicherseits ins Leben gerufen, Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) beginnt Eingang in die Curricula der Schulen zu finden, BREBIT macht Schule, Tandem-Programme für und von Migrant*innen zum Globalen Lernen sind aufgelegt, Faire Städte, Schulen und Gemeinden bekommen langsam, aber sicher auch in Brandenburg Zulauf und verlieren ihren Status als Leuchtturmprojekte. Zum 10. Jahrestag 2019 ist ein Strategiepapier in Vorbereitung, das den Austausch zwischen NGOs, Landesregierung, Landtag und Verbänden in die kommende Legislaturperiode hinein begleiten und festigen soll. Brandenburg – da lässt sich was entwickeln!